

Dienstag, den 30. Juni 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 149



mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Vollmarke“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Erschließung: Münzstraße 4/6, durch die Südabteilung der „Vollmarke“: Käsestraße 27, 5, durch die Postfiliale: Börsestraße 140, sowie durch alle Ausleger zu bezahlen. — Bezugspreis im vorraus zu entrichten wöchentlich 0,50 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Ausland 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Forsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9161.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.

Unzelzenpreis: Je Vollmiete für jedes einzelne aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Wiedergabe unter 24h 20 Pf. Steuernabgabe 10 Pf. Haushaltungszeiten: Sonnabend, Sonntag, Dienstag, und Wohnungsservice 7 Pf. Kino: 50 Pfennig pro Wort 3 Pf. das seite Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Erschließung 0,50 Pf. vor in den Zeitungen abgegeben werden.

Der Erfolg der Erfüllungspolit.

Die Räumung des Ruhrgebietes.

Paris, 30. Juni. (Funkbericht.)

Die diplomatischen Vorbereitungen für die Räumung des Ruhrgebietes sind beendet. Es ist jetzt Sache des Kriegsministeriums, die Maßnahmen für die Zurückziehung der Truppen zu treffen. Der eigentliche Abmarsch wird unverzüglich beginnen. Die Räumung ist so beabsichtigt, dass zuerst das Bochumer Gebiet frei wird, dann Essen, weiter Mülheim und schließlich Duisburg-Ruhrort bzw. Düsseldorf. (Die Dortmunder Zone ist bekanntlich sofort nach den Londoner Verhandlungen von Dr. Marx mit den Alliierten in London geräumt worden. Red.)

Eine Rede unseres Parteivorsitzenden.

Hamburg, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 28. und 29. Juni tagte in Cuxhaven der Bezirksparteitag des Bezirks Hamburg-Nordwest. Der Parteivorsitzende Genosse Hermann Müller hielt bei dieser Gelegenheit ein großangelegtes Referat über die politische Lage. Im Vordergrund seiner Ausführungen stand eine Darstellung der außenpolitischen Situation und der daraus erwachenden deutschen Aufgaben. Unter starker Zustimmung betonte Hermann Müller die Notwendigkeit einer französisch-deutschen Verständigung die Pflicht zur Abrüstung der Heiter und die daraus folgende unbedingte Aufgabe Deutschlands, sich endlich dem Völkerbund anzuschließen. Den Sicherheitspakt kennzeichnete der Redner als eine Abschlagszahlung auf dem Weg nach Freiheit. Die Sozialdemokratie ist zu einer neuen Generation gekommen. Die Räumung des Ruhrgebietes ist eine Erfolgsprotokoll. Im Verfolg seiner Befürchtungen über die innerpolitische Sorge kennzeichnete Müller das Bestehe der Rechtsparteien, durch Verschaffung eines Kampfes die Verfassung allmählich auszuhöhlen und so den Boden für eine konterrevolutionäre Republik zu bereiten. Die Sozialdemokratie werde und dürfe nicht müde werden, die Aufführung des Washingtoner Abkommen zu fordern. Wirkungswoll wandte sich der Redner schließlich noch gegen die Zollpolitik der Reichsregierung. — Der Bezirksparteitag nahm anschließend einstimmig eine Entschließung gegen die Zollvorlage an.

„Hinein in den Völkerbund!“

Das „Deutsche Friedenskartic“ stellt in einer Entschließung mit Genugtuung fest, dass das deutsche Sicherheitsangebot und die französische Antwort im wesentlichen auf dasselbe hinauslaufen. Die Meinungsverschiedenheiten in Nebenfragen müssen mit einem guten Willen durch Verhandlungen rasch ausgetragen werden können. Eine Verzögerung der Verständigung durch Verhinderung der Verhandlungen ist keinesfalls im deutschen Interesse. Damit jedoch die Verhandlungen baldigst zu günstigem Abschluss gelangen können, scheint uns eine schleunige und unmissverständliche Erklärung der deutschen Regierung unerlässlich, dass Deutschland zu bedingunglosem Eintritt in den Völkerbund bereit ist, falls es bedingunglos angenommen wird. Ohne eine solche Erklärung droht das ganze Verständigungswerk zu verlaufen.“

Jahre, vielleicht Jahrzehnte . . . !

Die KPD revidiert sich.

Bu dem kommunistischen Parteitag, der in einigen Wochen in Berlin stattfinden soll, veröffentlicht Ruth Fischer in der „Roten Fahne“ einen programmativen Ausschuss, in dem sich folgende Sätze finden:

„Bis zum Ende muss die ganze Partei begreifen, dass nicht derjenige ein Kommunist ist, der sich der Bewegung angegeschlossen hat in der Hoffnung auf einen nahen und raschen Sieg der Arbeiterklasse. Nur diejenigen werden wirklich zu Revolutionären geschmiedet, die es verstehen, wenn es notwendig ist, den Aufbau einer sozialdemokratischen Partei auch Jahre, selbst Jahrzehnte hindurch, auch in den Zeiten des Niederganges der Revolution, auch unter den schwierigsten und kompliziertesten Verhältnissen, zu vollziehen. Die deutschen Kommunisten, die durch so viel Feuer hindurchgegangen sind, die so viele Kämpfe erlebt haben, müssen gerade die Bedeutung dieser Grundprinzipien voll und ganz verstehen.“

Zum Schluss wird versichert, die Stabilisierung der Bourgeoisie stehe auf schwachen Füßen, es wird auf die Zusammenziehen in China und Nordafrika hingewiesen und aufgefordert, die Atempause zwischen zwei Wellen der Revolution auszunützen. Aber noch einmal heißt es eindringlich: „Niemand von uns weiß, wie lange diese Frist ist.“

„Wir feiern auch diesen Tag, dann ist mit solchen Erklärungen, so fügt der „Roter“ fort, die putzige Politik der KPD abgeschlossen. Die Aufstellung ist verlassen, dass der Tag der Revolution da sei, und dass es nur gelte, ihn durch entschlossenes Handeln auszunützen. Allerdings fehlt noch der Mut, diese neue Aufstellung auch auf die Vergangenheit anzuwenden, wodurch die Zwangsverstellung von der Vergangenheit, die die Sozialdemokratie gespielt haben soll, unweigerlich zusammenbrechen müsste. Marxistisch ist diese Zwangsverstellung freilich nicht, denn, wenn „der Tag“ begangen, dann hätte auch der Tag der KPD den Sieg der Revolution nicht verhindern können. Es wird also schon so sein, dass die Sozialdemokratie die objektiven Bedingungen der Entwicklung nicht gegeben haben, als die Kommunisten es taten, die sie hofften. Illusionen hingegen, und dadurch viele praktische Arbeitsergebnisse, verflüchtigen, viel Arbeitsergebnis nützlos vorwerfen.“

Wenn es nun auch nach der neu gewonnenen Einheit der Kommunisten bis zum vollen Sieg des Sozialismus noch Jahre, ja Jahrzehnte dauern kann, dann rechtfertigt sich die zuvor überlegende praktische Arbeitspolitik der Sozialdemokratie gegenüber der bisherigen kommunistischen Kritik auch für die Zukunft ganz von selbst.

Gegen den Milchwucher.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag, folgenden Antag eingebrochen, die Reichsregierung zu erneut:

1. den Entwurf eines Reichsmilchgesetzes dem Reichstag schleunigst vorzulegen;
2. die Reichsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 6. Juni 1924 nicht eher aufzuheben, als ein Reichs-Milchgesetz in Kraft getreten ist.

Die Chinesen in Berlin.

Eine Beschwerde der chinesischen Regierung.

Der chinesische General Hsu befindet sich seit einiger Zeit mit Gefolge in Berlin, um die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu studieren. Seine Anwesenheit hat bei den in Berlin lebenden chinesischen Studenten lebhafte Befragungen hervorgerufen. Man neigt zu der Auffassung, dass der General in Deutschland Waren laufen und Anteilen aufzunehmen (?) will, die schließlich gegen die chinesischen Aufständischen Verwendung finden sollen.

Am Sonnabend ebenso erschien, angeblich aus dieser Befragnis heraus, auf der chinesischen Gesandtschaft in Berlin eine große Anzahl chinesischer Studenten, die in einer besitzt abgesetzten Versammlung dem Gesandten ihre Rechte gegen die chinesische Regierung des Generals Hsu zum Ausdruck brachten und deren kriegerische Forderungen. Der Gesandte gab die Erklärung ab, dass der General sich ausdrücklich zu Studienzwecken in Berlin aufhält und gar nicht an den Verkauf von Waren oder den Abschluss von Lieferungen denkt. Der Aufruhr, die Erklärung in einem mit seiner Unterschrift versehenen Schriftstück feierlich zu wiederholen, kam der Gelände nach.

Die Berliner politische Polizei erklärte die Studentenverbündung für kommunistisch und nahm 18 Verhaftungen vor.

Die chinesische Regierung hat durch ihre Berliner Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der gegen die Verhaftung von 18 chinesischen Studenten Protest erhoben und eine Untersuchung dieser peinlichen Angelegenheit gefordert wird.

Im Zusammenhang mit den Vorwürfen bei der chinesischen Studentenversammlung wurde jetzt der bisherige Beamter der linksradikalen Verbände im Berliner Polizeipräsidium, Polizei-Präsident Hennig, verhaftet. Dieser ist infolge seiner Maßnahmen mutwillig an den bedauernswerten Vorfällen, die inzwischen zu einer Protestnote der chinesischen Regierung geführt haben. Hennig gilt im übrigen als treuer Anhänger des alten Systems, so dass der Berliner Polizeipräsidium zu seinem Abgang nur begrüßt werden kann.

Danzig gegen die polnischen Einführverbote.

Die Danziger Regierung hat laut „Rössler Zeitung“, Beschlüsse gefasst, um die Gefahren, die der polnische Zolltag gegenüber Deutschland ausübt, zu Danzig hat, abzuwenden. Die Regierung hat die polnische Regierung in einer Note darauf aufmerksam gemacht, dass die Danziger polnischen Verträge derzeit nicht sind, dadurch, dass Polen Danzig nicht vorher von der Einführung der Einführverbote Mitteilung machte. Die Danziger Regierung hat gleichzeitig der polnischen Regierung eine Liste der Kontingente überstellt, die vertragsgemäß für solche Fälle vorbereitet ist. Auch das Danziger Landessozialamt hat diese Liste von der Danziger Regierung erhalten und wurde angewiesen, die Kontingente auch für die von Polen einführverbieten Waren zu berücksichtigen. Damit ist die schädigende Wirkung der Einführverbote der deutschen Waren im Gebiete der Freien Stadt Danzig weitestgehend abgeschwächt.

Die Danziger Regierung hat die polnischen Einführverbote.

Die Danziger Regierung hat laut „Rössler Zeitung“, Beschlüsse gefasst, um die Gefahren, die der polnische Zolltag gegenüber Deutschland ausübt, zu Danzig hat, abzuwenden. Die Regierung hat die polnische Regierung in einer Note darauf aufmerksam gemacht, dass die Danziger polnischen Verträge derzeit nicht sind, dadurch, dass Polen Danzig nicht vorher von der Einführung der Einführverbote Mitteilung machte. Die Danziger Regierung hat gleichzeitig der polnischen Regierung eine Liste der Kontingente überstellt, die vertragsgemäß für solche Fälle vorbereitet ist. Auch das Danziger Landessozialamt hat diese Liste von der Danziger Regierung erhalten und wurde angewiesen, die Kontingente auch für die von Polen einführverbieten Waren zu berücksichtigen. Damit ist die schädigende Wirkung der Einführverbote der deutschen Waren im Gebiete der Freien Stadt Danzig weitestgehend abgeschwächt.

Städtische Auslandsanleihen. Fast sämtliche Großstädte verhandeln in der letzten Zeit mit amerikanischen Banken über Dollar-Anleihen in stellenweise recht beträchtlichem Umfang. Die Stadt Berlin hat bereits Beschlüsse über eine Anleihe von 15 Millionen Dollar gefasst, die am 15. Juli in New York zur Ausgabe gelangen soll. Köln verhandelt über eine Anleihe von 4 Millionen Dollar, Frankfurt a. M. ebenfalls über einen Betrag von mehreren Millionen. Daneben laufen die Verhandlungen der deutschen Großstädte, die für alle deutscher Gemeinden und Städte einen erheblich größeren Anleihebetrag — man spricht von zweihundert Millionen Goldmark — zu erhalten hofft. Alle diese Anleihen befinden sich nicht mehr im Stadium der ersten Verhandlungen, sondern stehen mehr oder minder vor dem Abschluss. Der Ansatz dieser Anleihen, der in Deutschland 8% bis 8,5% Prozent einflussreiche Verbindung bedeutet, ist zwar hoch, kann aber bei den kommunalen Betrieben in der Regel erwidrigt werden. Die Genehmigungen der Ausstauschbanken werden nicht verweigert werden können.

Im letzten Augenblick versucht in Neupotz ein Kreis von Bürgern früherer deutscher Städte anleihen, den Abschluss ihrer Städte anleihen zu hinterziehen, mit der Annahme darunter, dass die deutschen Städte ihre Schuld in Folge der deutschen Inflation aufwertet und nicht bezahlt haben. Es wird sogar ein staatliches Verbot der Neuauflage verlangt, das aber kaum erfolgen dürfte.

Die Kurzsichtigkeit der Schutzzöllner.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt heute Professor Dr. M. J. Bonn den Schutzzöllnern folgende Wahrheiten ins Grammbuch:

„Wenn die deutsche Landwirtschaft in den Stand geetzt wird, durch künstliche Erhöhung ihrer Rentabilität Kapital einzuladen, so entzieht sie dieses Kapital anderen Wirtschaftszweigen. Die Kapitalflucht geht, über die jedermann heute mit Recht klagt, kann nicht dadurch befehligt werden, dass man eine neue Klasse von Borgern schafft, die in der Hoffnung auf eine wirkliche oder eingeübte Rentabilität eine intensive Nachfrage nach Kapital erheben. Das muss ganz natürlich zu einem Streben der Industrie nach Erhöhung der Rentabilität ohne Veränderung der Kosten führen.“

Diese Gefahr wird dadurch vermehrt, dass die politisch mächtigen Kreise der Industrie die gegenwärtige Lage mit ihren Kosten nicht völlig durchschauen. Sie klagen mit Recht über den Kapitalmangel in Deutschland. Dieser Kapitalmangel ist das Ergebnis der von ihnen befolgten kurzsichtigen Politik. Der Sinn der Inflation ist schließlich nichts anderes gewesen, als dass die Unternehmen die Zahlungen an ihre Gläubiger einbehalten konnten, die so vermehrten Erträge nicht ausschütten, sondern zu Betriebsanlagen verbauten. Man hat so auf der einen Seite den Umfang des Produktionsapparates gewaltig gesteigert, vielfach auch technisch sehr verbessert, während man auf der anderen Seite die Konsumen befehligt hat. Man hat kein technisch-materialistisch gebaut und sich eingebildet, dass Waren oder besser gesagt technische Produktionsmittel an und für sich einen Wert haben, und vergessen, dass dieser Wert erst durch den Konsum kommt. Es steht ein gutes Stück unbewährter Marxismus in der Wirtschaftspolitik des deutschen Unternehmertums. Das Werk der Produktionsentwicklungen eines Landes hängt aber nun einmal nicht von ihren Kosten, bezüglichlich von ihren Wiederbeschaffungskosten ab, sondern nur von dem kapitalisierten Wert ihrer dauernden Erträge. Diese Erträge werden durch die Kaufkraft des Publikums bedingt. Vor der Inflation zerfiel das Publikum in zwei Schichten: Diejenigen, die mehr oder minder außerhalb des Produktionsprozesses standen und eine feste laufende Rente gossen, die von der Konjunktur unabhängig war. Der andere Teil war die Arbeiterschaft. Heute ist nur diese übrig. Ihr Einkommen unterliegt der Konjunktur; erhöht es sich, so erhöht man gleichzeitig die Produktionskosten, vermindert man es, so glaubt man die Kosten einsparen zu können. Man über sieht dabei aber leicht, dass die Produktionskosten in Betrieben, die mit großem Unlagekapital arbeiten, bei entsprechender Nutzung sehr schnell sinken, dass also hohe Löhne, die eine solche Nutzung ermöglichen, unter Umständen auf lange Sicht viel teurer sind als niedrige Löhne mit geringem Absatz.“

Die Gruppe, die die deutsche Industrie politisch befürchtet, die Schwerindustrie, will diese Auffassung heute noch nicht annehmen. Sie ist völlig klar über den Kapitalmangel. Sie fürchtet mit Recht die hohen Kosten der Kredite. Sie will eben den Prozess der Umwandlung von Unlagekapital in Betriebskapital nicht gern mitmachen.

Durch Schutzzölle sollen die Preise erhöht werden, während die Arbeitslöhne, deren Kaufkraft durch Getreidezölle an und für sich schon gemindert wird, gedrückt werden sollen. Girelei, ob man eine oder beide Methoden gleichzeitig anwenden — das Ergebnis muss eine Schärfierung der Kaufkraft der breiten industriellen Massen sein. Verminderte Löhne bei steigenden Preisen stellen sicher keine Erweiterung des Marktes dar, und die Umlegung der Kaufkraft der Städter auf den Getreide produzierenden Teil der Landwirtschaft, also insbesondere den Großgrundbesitz, stellt keine Erhöhung, sondern eine Verminderung der Kaufkraft für Massenabsatz dar.

Man sieht also die Politik des Konsumentenmordes systematisch fort, indem man die Rentabilität sittig gewordener Kapitalien durch hohe Preise unter dem Schutz von Zöllen zu erhalten sucht. Man trocknet sich damit, dass man im Ausland zu Weltmarktpreisen exportieren werde, und damit seine Rentabilität etwas aufzubauen traut. Man wird sich hier wie anderswo täuschen. Die Kaufkraft der Welt ist gefüllt. Es gibt keinen Handelsvertrag, und ganz besonders keinen, der auf Grund eines monopolistischen Systems abgeschlossen werden kann, der die Kaufkraft fremder Völker Deutschland zur Verfügung stellt, wenn die Kaufkraft des deutschen Volkes fünftlich gedrosselt wird.

Es muss einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, dass man durch Verhandlungszölle zwar die Herabsetzung fremder Zölle erreichen kann, aber nur auf einen Fall, der den jeweiligen Bestrebungen des Gegenkontinenten entspricht. Unter dem System der Preisbegrenzung sind niedrige Produktionskosten im Grunde ein viel missliches Mittel zur Durchsetzung fremder Zölle und damit zur Steigerung des Absatzes, als das Abhandeln von Zollsätzen um den Betrag, um den jenseitig

Verhandlungszweck hinaufgesetzt worden sind. Es wäre an der Zeit, einmal zu begreifen, daß Handelspolitik etwas anderes ist als staatlich geleitete Rohstoffversorgung. Und ein niedrigeres, inneres Preisniveau schützt vor Überflutung mit fremden Waren viel besser als der ausgeschlagene Test. Eine freihändlerische Wirtschaftspolitik darf daher zöllig nicht sein, um dem Auslande gefüllt zu sein und um sich dafür bezahlen zu lassen, sondern um die eigene Produktion durch billige Produktionskosten, das heißt also ein niedriges Preisniveau, konkurrenzfähig und lebensfähig zu halten.

Ein Appell an den Takt des früheren Kronprinzen.

Vor wenigen Wochen beantragte die Sozialdemokratische Stadtverordnetenkammer in Berlin, das in vergangener Zeit von den preußischen Städten für den damaligen Kronprinzen des Deutschen Reiches befürwortete soziale Tafelgelehrte nicht an die Adresse des geplanten Empfängers zu übermitteln, sondern es in einem Museum zur Ausstellung zu bringen, um den wertvollen Fundstoffs so der Öffentlichkeit zu erhalten. Die Zustimmung führte durch zwei verschiedene Wege zu einem etwas merkwürdigen Ergebnis. Am Montag hat sich nun eine Kommission der an der Schenkung beteiligten preußischen Großstädte, die aus den Oberbürgermeistern und Stadtverordnetenvorstehern der betreffenden Städte zusammengesetzt ist, mit der Materie noch einmal beschäftigt. Es wurde beschlossen, sofort eine Kompensation nach Düsseldorf zu senden, die dem Kronprinzen den freiwilligen Verzicht auf das Tafelgelehrte nachlegen und ihm empfohlen soll, der Übereinkunft des früher unter ganz anderen Umständen beschlossenen Geschenkes an ein Museum seine Zustimmung zu geben.

Es würde sich also bald zeigen, ob der Appell der preußischen Großstädte an das Auslandsgefühl des Schlossherrn von Düsseldorf haben wird. Skeptiker behaupten zwar, daß der frühere Kronprinz viel zuviel Gewicht auf den für ihn angeblich ja notwendigen Vermögenszuwachs legt, als daß eine Vermittlungskommission Erfolg haben könnte. Andererseits waren ja die Hohenholzern in Fragen des Tafels nicht immer gut beraten. Sollte der Herr von Düsseldorf unmissverständlich haben und auf Gehaltserhöhung seines beträchtlichen Privatvermögen zugunsten der Allgemeinheit verzichten?

Der Hauptauschluß des Preußischen Landtags

hat als Ergebnis seiner Beratung über den Haushalt des Ministeriums für Volkswirtschaft dem Preußischen Landtag eine große Anzahl von Entwürfen unterbreitet. Unter diesen befindet sich einer für die Verbesserung der preußischen Staatsbediensteten in die Verwaltung des Volkswirtschaftsministeriums. Es wird weiter eine angemessene Erhöhung des im Haushaltsspiel für 1923 vorgesehenen Mittel für Bekämpfung der Tuberkulose. Für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Kleinkinder- und Süßlingstferdlichkeit gesetztes Vorlegung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und eines Arzneigesetzes wird gefordert, das Staatsministerium soll ferner obligatorisch in den Schulen Aufklärungskurse über Reinen, Gesundheit und Verhütung der Tuberkulose erfüllen und ausreichende Mittel dafür zur Verfügung stellen. Weiter soll es die Errichtung von Chederatoren anregen und fördern.

Eine Anzahl von Anträgen befaßt sich mit dem Tafelkassenwesen. Abgabe und Auszahlung alkoholischer Getränke an Jugendliche bis zu 18 Jahren soll gesetzlich verboten, in allen besond. Getränkeraumern gute und billige alkoholfreie Getränke bereitgestellt werden. Das Staatsministerium soll auf die Reichsregierung einen Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schönheitskonkurrenzwesens einsetzen, daß sie den durch Reichsgerichtsbeschluss geordneten Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schönheitskonkurrenzwesens übernehmen und vorlege, und daß in diesem Entwurf vor allem auch das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden im Auslande finde. Summen für Kindererziehungen sollen zur Verfügung gestellt, in den oberen Klassen sämtlicher Schulen pflichtmäßiger Unterricht in Gesundheitslehre und Bekämpfung der Tuberkulose durch Berufe und Aerztemen erfordert werden. Zum Schutz der gefährdeten Jugend und Frauen und der öffentlichen Sittlichkeit wird neben der Sitzen- und Ordnungspolizei die Errichtung einer Polizeiaufklärung verlangt, in der sozialpädagogisch ausgebildete Persönlichkeiten tätig sind, die mit positivistischen Bezugslinien ausgestattet werden sollen.

Weitere Anträge befaßten sich mit der Wohnungssorge, mit den Richtlinien über Verbesserung des Anteils der Haushaltsteuer für Rentenältere; ein Antrag verlangt Einführung auf die Reichsregierung, daß jede Verschlechterung des Ritterstuhls bestimmungen unverbliebt. Das Staatsministerium soll unverzüglich unter Mitwirkung aller am Wo-

nungsbau interessierten Kreise die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms auf absehbare Zeit herbeiziehen und dem Landtage vorlegen; ferner soll die Unfallversicherung und der soziale und sanitäre Schutz der Bauarbeiter für Preußen geschützt werden.

Um den Abbau der politischen Schranken des Lustverlehrts.

Paris, 26. Juni. (Eigener Druckschrift). Die "Information" meldet, daß Frankreich keine Zustimmung zu den dieser Tage von der Reichstagkonferenz beschlossenen und der deutschen Regierung in einer Note zur Kenntnis gebrachten Erleichterungen auf dem Gebiete des deutschen Flugzeugbaus und U-Bootbaus wünscht, davon abhängig gemacht hat, daß die deutsche Regierung den französischen Linien Paris—Prag—Konstantinopel die bisher verweigerte Erlaubnis zur Ueberfliegung deutsches Gebietes erteile. Eine dahingehende Ueberprüfung soll unmittelbar vor dem Abschluß stehen, sobald die französischen Flugzeuge, die bisher den Umweg Basel—Zürich machen mußten, künftig wieder ihren Weg über Straßburg—Nürnberg nehmen können.

Finanzdiktator Caillaux.

Paris, 29. Juni. (Eigener Druckschrift). Die französische Kammer setzte am Montag nachmittags die in vergangener Woche unterbrochene Beratung des Budgets fort. Nachdem die Finanzkommission sich mit der vom Senat beschlossenen Streichung eines großen Teiles der von der Kammer in erster Lesung gesuchten Beschlüsse, sowie sie auf die Abdankung der geliebten Staatsgründers hinauslaufen, abgesehen hat, dürfte die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes im Plenum auf keine unüberwindlichen Hindernisse mehr stoßen. Nur in einem Punkte bestehen noch erhebliche Differenzen zwischen der Regierung und der Mehrheit der Kammer. Die Finanzkommission hat in erster Lesung die vorsätzliche Modifikation der Umlaufsteuer, die die Unternehmungen des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelindustrie, sowie sie nicht mehr als drei Angestellte beschäftigen, von dieser Abgabe befreit und im Einnahmehauslast durch eine Produktionssteuer auf gewisse industrielle Fabrikate erheben will, ungeachtet der Ablehnung durch den Senat des Widerpruchs der Regierung, wiederhergestellt. Da Caillaux angefluht hat, daß er dazu die Vertrauensfrage stellen wird, ist nach den Erörterungen der vergangenen Woche damit zu rechnen, daß die Mehrheit auch in dieser Frage kapi- talisiert. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Parlament unmittelbar nach der Verabschiedung des Budgets die Diskussion der zurückgestellten fiskalischen Vorlagen beginnen und in wenigen Tagen zu Ende führen wird, so daß die Sitzung spätestens zum 14. Juli geschlossen werden kann.

Ende der prinzipiellen Unterstützungs-politik der französischen Sozialisten.

Général Léon Blum hat den Finanzkammern der Kammer das Ausführen der "Unterstützungspolitik" verkündigt.

Rückblickend er die Verdienste des Linksparteils gerühmt hatte, welches den Linksparteien gestattet hatte, das aus der Volksbefreiung vom 11. Mai 1924 entsprungene Programm zu befolgen, bedauerte Blum, daß sich seit Bildung des jungen Ministeriums der politische Kurs geändert habe. Hierauf erklärte er, daß seine Fraktion sich ihre Unabhängigkeit zurückgenommen habe und sich in allen Fragen eine obdachlose Zunftbildung machen werde. Blum schloß mit den Worten: "Wir jetzt ab werden wir uns daran beschäftigen, die Regierung im Auge zu behalten. Wir werden über unsere Stimmen für oder gegen sie je nach den Umständen verfügen."

Wie England seine wachsende Arbeitslosigkeit bekämpfen will.

Dorton, 29. Juni. (Eigener Druckschrift). Am Montag wurde im Unterhaus auf Antrag der Arbeitpartei das Arbeitslosenproblem besprochen. McDonald eröffnete die Debatte und führte aus, daß das Heer der Arbeitslosen in den letzten Monaten beispiellos gewachsen sei. Die Regierung habe die Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheiten nicht mit der erforderlichen Energie betrieben, wie sie in der Arbeitslosenfrage überhaupt ausgerechnet sei. Evidentlich begründete er einen Antrag der Arbeitpartei, der jedoch, aber in aller Schärfe kritik an der Regierung übt und bestimmte Maßnahmen zur Arbeitsförderung. Ministerpräsident Baldwin ergab dann persönlich das Wort zur Erwidern. Er teilte mit, daß die Regierung bestimmte Pläne erarbeitet und unter anderem auch überlege, ob eine Veränderung des Arbeitslosenheeres durch Subventionen an die draufliegenden Betriebe zu ermöglichen sei. Unter anderem sei es die planmäßige Übertragung von Aufträgen, die Erteilung von Krediten und die Erhöhung der Bruttoläge auf den Eisenbahnen gedacht.

Der Fall Robert Robertson.

Roman von Sven Hedin.

91

"Kein Zweifel," sagte er zum Polizeibeamten, "Hier liegt ein Mord vor. Selbst ohne den Beweis des Todesmordes kann die ärztliche Wissenschaft feststellen, daß er die Waffe nicht mit eigenen Händen geführt hat. Und er ist erschossen worden, während er im Stuhl saß. Sie haben wohl schon eine eigene Theorie fertig?" fragte er plötzlich.

"Er ist gestern Abend gegen acht Uhr ermordet worden," antwortete Hennessey.

"Natürlich — er ist sogar erst noch ein Uhr ermordet worden."

Der Polizeibeamter hörte bei dieser Bemerkung, hörte ja, aber, daß der berühmte Arzt des Zeithauses genau wußt, was der Untersuchung feststellen könne. Darauf entwischte er keine Theorie, die sich auf die beiden Wissenschaftler hätte.

"Sie meinen also, wenn man den anderen schanden hat, dann hat man auch den Mörder?" fragte Professor Heltor.

"Ja, das ist bis auf weiteres meine Meinung — eine andere Lösung finde ich vorläufig nicht."

"Dann sind Sie in der gleichen Lage, daß Sie den Mörder gleich verhören können," sagte der Professor. Und indem er einfach lächelte, fragte er höhnisch: "Ich war es nämlich, der gestern Abend mit ihm Abstand trat. Und ich verließ ihn um elf Uhr."

XII.
Professor Heltor's Erklärung tröstete ja überaus wenig, daß keiner der Herren im ersten Gangbüro eines so großen Hauses wie das mit offenen Munde war. Der Professor aber lächelte nachdrücklich keinen leidenschaftlichen Bart wie nach einer zärtlichen Schiefe und lachte:

"Da leben Sie, meine Herren, wie leicht eine Theorie anzustecken ist! Vielleicht sind Sie über mich auf englischsprachigen Sprachen."

"Was sollte die schwedische?" meinte Hennessey gefragt.

"Haben Sie die Höhle, wie zu nennen?" fragte der Professor.

"Zum," erwiderte der Polizeibeamter, "weil er früher für den kleinen Mann das Leben schwer gemacht hat, aber ich möchte Sie wegen Ihres Gesprächs mit dem Schweden hören. Sie sagen, daß Sie ihn gekannt haben — wie ist es dann zu erklären, daß er Sie gleich bestraf-

te? Hätten Sie mir zu schreiben, noch dazu über eine so allgemeine Sache wie eine Reise. Warum hat er Ihnen das nicht mitgeteilt, während Sie bei ihm waren?"

"Weil er mir nichts davon sagen wollte. Und gefordert Sie mir die ganze, Herr Kommissar, wer längst dafür, daß er den Brief unmittelbar nach seinem Todestag geöffnet hat. Vielleicht hat er über ein bis vier Stunden später geöffnet, vielleicht hat er über fünf bis sechs Uhr heute morgen."

Der Polizei zeigte auf das elektrische Licht.

"Es brannte," sagte er.

"Die Gardinen aber waren ausgezogen," sagte der Professor. "Das einzige, was man mit Sicherheit feststellen kann, ist, daß er den Brief unmittelbar vor seiner Ernterntag geschrieben hat, weil er nicht reisen ist. Vor der Mauer kann man hören, daß er mehrere Stunden tot war. Um zwölf Uhr heute vormittag wurde er aufgebrannt."

"Glauben Sie ihm gestern Abend aus eigenem Antrieb auf?" fragte Hennessey, "oder hatte er Sie zu tun geben?"

"Ich wurde keiner helfen," antwortete der Professor.

"Das ist ein leidenschaftliches! Sie werden Sie keiner töten!"

"Ich habe diesen Ausdruck mit Höchst gebräucht", antwortete der Professor, "weil ich ihn lange Zeit gehabt hatte. Seitdem wurde ich leider auf einem Steinsitz langsam des Strandcafé's hocken. Ich sitze in einem der kleinen Restaurants und trinke ein Glas Wein. Ich möcht die kleine Familie der Polizei hier auf einen wichtigen Umstand hinweisen. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, daß Dr. Grönberg der 'FDP' die Selbstfahrt in Berlin war, in letzter Zeit einen wilden Gedanken geäußert, keine Arbeit, keine Frist verhängt, nur Tage und Nächte in der Gefangenshaft von Spionen und Tätern verbracht. Ich kann Ihnen sagen lange und viele im Ganzen als Charakter wie ein Arzt. Ich war überzeugt, daß seine Ausprägungen mit einer Art der Depression zusammenhingen, wie man sie häufig bei überreiften Menschen findet, und der hat immer darüberredet: Wenn ich vor einigen Tagen verhängt er ganz das kleinste Schicksal, auch in seiner Wohnung, freut er sich nicht mehr daran, und als ich dies erfuhr, dachte ich, daß er vielleicht irgendwas falsches mit seiner Gesundheit gemacht hat, wie leichte Krankheit, Depression, oder so was." Er lächelte.

"Die Polizei legt Beschlag darauf," antwortete Hennessey und nahm den Brief an sich.

Professor Heltor erging gut und stet, um zu gehen. Vorher aber sagte er noch zu dem Polizeibeamten:

"Meiner Meinung nach haben Sie das Rätsel gelöst, wenn Sie herausbekommen, wo er während der letzten fünf Tage gewesen ist."

"Doch einen letzten Blick warf er auf den Toten und murmelte vor sich hin:

"Das wäre etwas für die schöne, leise und sensuelle schwedische Frau Merete gewesen, das wäre etwas für sie gewesen, die Gründung ihres Hauses zu erleben."

"Vielleicht heißt Merete eine Freude, die einen unglaublichen Gedanken verträgt."

"Wo ist Frau Merete?"

"In Berlin," antwortete er, "auf Weiberseiten, meine Herren."

Schwindel oder Unwissenheit?

Die Agitation für Aufwertung der Reichsbanknoten.

Während die von den Inflationsschäden der Schwerindustrie, der Großlandwirtschaft und des übrigen Schwerbetriebs entgangene Spargen verzweifelt um eine letztlich unstandige Aufwertung ihre alten Forderungen kämpfen und dabei gegen die Inflation verschärfter Großkapitalisten nur die Unterstützung der Sozialdemokratie und bürgerlichen Einwohner wie des ehrlichen Dr. Best finden, versucht eine Sonderagitation, die genaue Aufwertungsfrage als lächerlich hinzustellen. Wir meinen bei der man sich fragen muß, ob es sich um bewußten Schwindel zur Löschung der ehrlichen Aufwertungsagitation oder um harmlose wirtschaftliche Unwissenheit handelt. Die Aufwertung von Reichsbanknoten ist, wie alle ernsthaften Fachleute aller Richtungen übereinstimmend erklärt haben, schon technisch völlig unmöglich. Niemand kann sie nachprüfen, wann der einzelne Seigner dieser heutigen wertlosen Papiere sich erwischen hat. Auch finanziell ist die vor einem sehr kurzen Reichsbanknoten ganz ausgeschlossen, da ja die Reichsbank unter der glorreichen Leitung des deutschnationalen Herrn Havenstein und der Beratung durch die Bankräte um Hessenherz in der Inflation anders als die Schwerbetriebe nicht Gewinne, sondern Verluste gemacht hat. Selbstverständlich erscheinen die um Havenstein und Hessenherz in der Agitation dieser Verwaltungspolitik als "Athen". Auch die Inflationsgewinner sind angeblich jüdischen Juden, während doch sonst die Antisemiten wenigstens ehrlich genug waren, den Juden gerade das Interesse für Sachwerte abzuscremen und sie als speziell jüdische Geldkapitalisten hinstellen, wie sie politisch durch Schach repräsentiert werden, der mit den sozialdemokratischen Steuerpolitiken zusammen gegen die Inflation kämpft. Wo die jüdischen Reichsbankräte damals waren, als Havenstein die Inflation anstrenglich verhinderte, verraten sie vorstehender nicht. Heute nehmen sie den östlichen Radikalen die einen solchen Unzug wie die Aufwertung der Reichsbanknoten für möglich halten, zunächst einmal recht hohe Mitgliedsbeiträge ab. Man kann also vor diesen Organisationen nur nachdrücklich warnen: sie distanziieren den ernsthaften Teil der Aufwertungsforderungen und erwidern Hoffnungen, die noch unverfügbare sind als die deutschnationalen Wahlversprechungen an die übrigen Gläubigergruppen, da sie nämlich auch nicht zu einem Prozenz erfüllbar sind. Wer diesen Leuten einen Pfennig gibt, wirkt gutes Geld dem schlechten nach.

Aus dem Reichstag.

Der frühere bayerische Gesandte in Berlin, Graf Hugo von und zu Lerchenfeld, ist am Montag nach kurzer, schwerer Krankheit im 82. Lebensjahr in Rödering gestorben. Es handelt sich um den Vater des jüngeren Reichstagsabgeordneten Graf Lerchenfeld, der vor wenigen Jahren Vertreter des Reichs in Darmstadt und dann von dem bayerischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Der Verstorbene hat Bayern als still führender Botschafter im Bundesrat des Deutschen Reiches 38 Jahre lang vertreten. Als im November 1918 der von ihm vorausgesagte Zusammenschluß einging, nahm Lerchenfeld seinen Abschied und zog sich nach Bayern zurück.

Der Beratungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat einem Antrag des Generaldirektors Deter entsprochen, die Stellung eines ständigen Vertreters des Generaldirektors geschaffen und den Reichsbahn-Bundespräsidenten Dornmüller zum Direktor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und ständigen Stellvertreter des Generaldirektors ernannt. Dornmüller ist geborener Oberfeld und von Haus aus Ingenieur. Er war in der chemischen preußischen Staatsseidenfabrikation und dann im Dienst der Schantung-Eisenbahn tätig. Im Dienst der hessischen Regierung wurde er 1908 die Staatsbahn Tiefenau-Pulow. 1919 wurde er Streckendezernent bei der Reichseisenbahn Stettin und 1924 Präsident der Reichseisenbahndirektion Eisen.

Die Friedrich-Ebert-Straße in Berlin. Das Preußische Staatsministerium hat sich in seiner Sitzung vom 28. Juni mit dem Vorstoss des Magistrats Berlin, die Budapester Straße und Sommerstraße in "Friedrich-Ebert-Straße" umbenannten, einverstanden erklärt. Welcher andere Straße auf Stelle der bisherigen Budapester Straße diese Bezeichnung in Zukunft erhalten wird, unterliegt noch der Prüfung.

Der Reichspräsident empfing am Montag den neu ernannten amerikanischen Botschafter in Berlin, Schuman, zur Verabschiedung des Beauftragungsschreibens. Später sprach der neue österreichische Gesandte, Franze, aus dem gleichen Grunde bei Hindenburg vor.

Das Schiedsgericht der Partei, das fürstlich den Ausschluß der Leipziger rechtssozialistischen Abgeordneten für ungültig erklärt hatte, beschloß, dem Parteivorsitzenden Bericht zu erstatten und seine Entscheidung über die formelle Seite der Frage einzuhören.

Keinen Gartenrestaurant traut. Doch muß ich bekennen", fuhr Professor Heltor fort, "daß meine Psychologie in diesem Falle nicht auftrat. Stattdessen eines geistig gebrochenen Individuums, eines Brüds, das ich zu finden glaubte, trug ich den gewöhnlichen häuslichen, reizvollen Gravendanz, elegant gekleidet wie immer und als ich ihn fragte, wo er gewesen sei, antwortete er mir mit einem schwieligen Lächeln. Ich, indem ich neben seines Leibes ruhe, mußte in seine Verstellungskunst und Kaltblütigkeit bewundern, denn daß er unter der Maske der Kälte und Überlegenheit rätselhafte Geheimnisse verbarg, die in seinem Innern ruhen, das beweist das jährlidbare Drama, das sich heute nach hier abgespielt haben muß. Kurz und gut, ich fühlte ihn zu, und da er trotzdem das Zusammensein mit einem alten Freunde annehmen zu empfinden scheint, forderte er mich auf, mit ihm nach Haus zu gehen und ein Glas Whisky mit ihm zu trinken. Das taten wir. Da haben Sie die Geschichte von den zwei Whiskygläsern, meine Herren. Als er aber trock meiner einbringlichen Vorstellungen, das abgespielt haben muß. Kurz und gut, ich fühlte ihn zu, und da er trotzdem das Zusammensein mit einem alten Freunde annehmen zu empfinden scheint, forderte er mich auf, mit ihm nach Haus zu gehen und ein Glas Whisky mit ihm zu trinken. Das taten wir. Da haben Sie die Geschichte von den zwei Whiskygläsern, meine Herren. Als er aber trock meiner einbringlichen Vorstellungen, das abgespielt haben muß. Kurz und gut, ich fühlte ihn zu, und da er trotzdem das Zusammensein mit einem alten Freunde annehmen zu empfinden scheint, forderte er mich auf, mit ihm nach Haus zu gehen und ein Glas Whisky mit ihm zu trinken. Das taten wir. Da haben Sie die Geschichte von den zwei Whiskygläsern, meine Herren. Als er aber trock meiner einbringlichen Vorstellungen, das abgespielt haben muß. Kur

Der Kampf um die Wohnungswirtschaft.

Kundgebungen der Hausbesitzer und Mieter in Dresden.
Um Sonntag vormittag fanden in Dresden zwei Kundgebungen für und wider die Wohnungswirtschaft statt. Die Versammlung der Hausbesitzer, die aus dem ganzen Reich herbeigekommen waren, im Zirkus, war lange vor 11 Uhr überfüllt, so daß in einem zweiten großen Saal, in der „Reichskrone“, eine Parallelversammlung veranstaltet wurde. Kundgebungen Hausbesitzer mögen an der Demonstration teilgenommen haben.

Die Demonstration der Mieterseite verlief wichtiger. Umgekehrt 12 000 Mieter waren dem Ruf ihrer Organisationen gefolgt und hatten sich im Stadion eingefunden, um gegen die Pläne der Hausbesitzer zu protestieren.

Zu den Mieter sprachen nicht weniger als acht Redner. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Mieterverein E. V. (Sitz Dresden) betonte: Die Hausbesitzerorganisationen und ihre Interessentenfreunde versuchen, den letzten Anlauf gegen das Reichsmietengesetz, Mieterschutzgesetz und Wohnungsmangelgesetz zu nutzen. Die Mieterschaft werde diese Mieterschutzgesetze mit allen Mitteln verteidigen. Mit der Aufgabe der Schutze gesetze werden in erster Linie der im Kriege verfeindete deutsche Grund und Boden wieder zum Schäferobjekt gemacht, damit aber würde der Heimstättengedanke endgültig zerstört und der Neubau ins unerlöse verfeindet. Mit Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes würde den minderwertigsten Kreisen und besonders den Kindereichen jede Möglichkeit genommen, jemals eine Wohnung zu erhalten, die ihren Verhältnissen angemessen wäre. Die Mieter würden ins ungemeine gelangen. Der Redner wies dann darauf hin, daß in Berlin in einer Sitzung des preußischen Mietausschusses vom 16. Juni die Abg. Ladendorff und Törrissen (Wirtschaftspolitik) Mieterpreishöhungen auf 15 Prozent verlangt haben. Sie haben weiterhin die Forderung aufgestellt, daß die Gemeinden, die in großer Zahl aufkommenden Mieterausfälle übernehmen müßten. Der Abgeordnete Ladendorff habe auf Einwand entgegnet, daß er als Hausbesitzervertreter nicht nachzuprallen habe, ob die Erhöhung der Miete für die Förderung und die Wirtschaft tragbar sei. Mit der Beleidigung des Mieterschutzgesetzes würde den Kündigung von Wohnungen, Geschäfts- und Gewerberäumen wieder Tür und Tor geöffnet, zahllos Existenzen von Handels- und Gewerbetreibenden wären vernichtet.

Doch der Hausbesitzer nicht, wie immer behauptet wird, zu gründe gerichtet sei, beweise die Abstözung der Hypotheken, für die keinesfalls zu rütteln geplant worden sei und außerdem die Tatsache, daß allein aus München 1000 Hausbesitzer neben anderen Vereinen noch mit Sonderzug zu der Hausbesitzerkonferenz erscheinen seien.

Die Versammlung nahm folgende Entschließung an: „Die Mieterschaft fordert, da endlich der Artikel 155 der Reichsverfassung erfüllt wurde, wonach der Missbrauch mit deutschem Grund und Boden zu verhindern und jedem Deutschen eine gefundene Wohnung und besonders den kinderreichen Familien eine Wohn- und Wirtschaftshilfslätte zu sichern ist.“

Sie verlangt die Erfüllung des den Kriegsteilnehmern gegebenen Versprechens auf ein vor Wucherhänden geplündertes Heim.

Sie fordert die Verwirklichung des Artikels 115, der jedem Deutschen in seiner Wohnung eine unverzichtbare Freiheit gewährleistet.

Deshalb verlangt die Mieterschaft ein Wohnrecht im Sinne des heutigen Mieterschutzes. Sie verwehrt sich mit größter Entschiedenheit gegen jede Lockerung dieses Schutzes, den sie in vollem Umfang auch für Handel und Gewerbe fordert. Der Ruf nach Förderung entnahm nur der Sucht nach mühselosem Gewinn auf Kosten des schaffenden Volkes.

Der deutsche Hausbesitzer nennt die Mieterschaft eine Einheitskraft und ein Verbrechen im Schaden der Allgemeinheit, er will durch seine Kundgebung im Zirkus Regierungen und Parlamente mit allen Mitteln zwingen, das jegliche Wohnrecht wieder zu zerstören und die Mieterschaft erneut der Herrschaft des Hauseschutzes auszuliefern.

Von den Regierungen und Parlamenten des Reiches und der Länder erwartet die deutsche Mieterschaft Verständnis ihrer Lage und die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen auf Grund der Reichsverfassung.

Der Kapitalmarkt des Hauseschutzes stellt die Mieterschaft ihren geschlossenen Willen und ihren Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gegenüber; sie ist entschlossen, ihr Wohnrecht zu verteidigen und ihr Heim zu führen.“

In der Hausbesitzer-Versammlung sprach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Oberholzer-Kiel über die „Steuerreform“. Begleitet mit dem Zwangswirtschaftsrecht mit dem Recht auf Freiheit in der Wirtschaft. Wer vorsorgen die Einschränkung der Staats- und Reichsausgaben der Städte. Der Redner wandte sich dann gegen das steuerfreie Existenzminimum, gegen die Linksparteien und die Mieterorganisationen und verteidigte in hohen Tönen den legendären Kapitalismus.

Aus aller Welt.

Arbeiter-Gerenteisen.

Der Reichsausdruck für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet vom 19. bis 25. Juli eine Ferien-Studienreise nach Hamburg-Holzland-Bremen und eine weitere vom 26. Juli bis 4. August nach der Schweiz (Zürich, Luzern, Birmensdorfer See, Interlaken, Bern, Berner Bergland, Basel). Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen müssen umgehend beim Reichsausdruck für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, erfolgen. Dort wird auch ein ausführliches Ferienprogramm über sämtliche weiteren Veranstaltungen in diesem Sommer feststellen angegeben.

Eine Kirche auf Abriss verkaufen.

Große Erregung rief bei der griechisch-katholischen Bevölkerung des litauischen Kreises Taurogen, wie dem Ost-Eparchie des Romano genannt wird, der Besitz der Ortsfeuerwehr her, die dortige griechisch-katholische Kirche auf Abriss zu verkaufen. Auch die Heiligensilber und Reliquien sollen an den Meißnertenden auf dem Markt zum Verkauf gelangen. Der Gegensatz zwischen römischen und orthodoxen Katholiken ist in Litauen so groß, daß derartige Maßnahmen immer wieder vorkommen.

Schreckensat eines Jungen.

Der „Messer“ berichtet, daß in einem Dorfe bei Messina ein Jüngling 9 Personen tötete und 4 verwundete, bis er von einem Verwandten getötet wurde.

Die Pestepidemien im russischen Kaukasusgebiet dauern an. Das hängt mit der außerordentlichen Verbreitung der Pest unter den massenhaft auftretenden Kleinsäugern zusammen. In einer ganzen Reihe von Kleinstädten sind Pestfälle bekannt: im ganzen bisher 50, von denen 21 kleinen saugenden sind. Die Seuche tritt ausschließlich in der Form der Subacute Pest auf. Alle Extraktions sind unabhängig von einander entstanden. Man sieht jetzt die ganze Kaukasusland davor, die Bieloi-

Reichstagsabgeordneter Jäger in Köln von der Wirtschaftspartei brachte die üblichen Klagen und Forderungen der Hausbesitzer vor. Er stellte fest, der Hausbesitzer sei bereit, der Aufhebung der Wohnungswirtschaft, vorausgegangen eine 20prozentige Aufwertung, zugutkommen. Aber ohne solche Garantien sei das unmöglich. Für den Fall, daß diese Garantien nicht geschaffen würden, behalte sich die Wirtschaftspartei die Rechtfertigung der gegenwärtigen Aufwertung vor.

Der Ausstand der polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe.

Die Internationale polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe wurde am 24. Juni geschlossen. Die großen Gruppen der Polizeibeamten aus dem ganzen Reich, die Anzahl der Leiter der englischen weiblichen Polizei und der Mitglieder der Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission haben der Ausstellung ihr Gepräge gegeben. Die Tagungen der verschiedenen Fachverbände, insbesondere des Verbands der Polizeibeamten Deutschlands, auf der der Wunsch der Polizeibeamten auf wirtschaftliche Verbesserung und auf eineheitliche Uniformierung laut wurde, die verschiedenen einschlägigen Vorträge haben die Bedeutung der Ausstellung noch erhöht.

Die Vorträge bewegten sich auf dem Gebiete der Verbrechensbeweisung und der Verbrecherherstellung. Regierungsrat Binsch sprach über „Das Polizeifürsorge gewesen in Baden.“ Er unterstrich die Bedeutung der Mitarbeit der Frau bei der Vermehrung der Pflege für Gefährdeten und Geschlechtskranken, der Überwachung des Lichthilfswesens, der Bekämpfung von Schund und Schnuhrlitteratur u. a. m. Eine Ergänzung zu diesem Vortrage bildete das Referat der Leiterin der Kölner Wohlachtspolizei, Fräulein Erkens. Sie redete energisch der Schaffung einer wirtschaftlichen Polizei für den Aufstand ein, auch im übrigen Deutschland das Wort. Die Aufgabe derselben wäre, die gefährdeten Frauen und Mädchen, wie auch die der Verwahrolung anheimfallenden Kinder vor den Gefahren der Strafe zu hüten.

Regierungsrat Dr. Henn sprach über „Zähndungsweise in der Reichsfinanzverwaltung“. Er rechtfertigte die Schaffung einer besonderen Steuer- und Zollzahndungspolizei entsprechend den besonders gearteten Vergehen der Steuerhinterzieher und Schnürgläser. Dank der Tätigkeit dieser Aufsichtsbeamten sind dem Staat allein für das Jahr 1924 26 799 000 Mark an Mehrsteuern und Geldstrafen und 36 226 000 Mark an Zöllen zugeschossen.

„Die Methodik des Unterrichtes an kriminologischen Hochschulen“ behandelte Privatdozent Dr. Türls-Wien. Der Lehrplan des an die Wiener Polizeidirektion angegliederten kriministischen Instituts nimmt vier Semester in Anspruch. Den Hauptgegenstand bildet die eigentliche Kriminalistik: die Lehre von Verbrechen und Verbrechern. Um sie gruppieren sich kriministische Physik, Optik, Spektroskopie, Röntgenographie usw., Mikro- und Photomicrographie, Röntgeno- und kriministische Chemie, gerichtliche Medizin und Anthropologie, Pharmakognosie und kriministische Wissenschaften, Pathologie und forensische Psychiatrie. Keine andere Stadt hat ein ähnliches wissenschaftliches Institut aufzuweisen.

Der Holländer Dr. v. Ledden-Hulzberg sprach über Kriminalchemie und Mikroskopie, deren Bedeutung bei Feststellung, Sichtbarmachung und Verwendung von Spuren, die auf dem Tatort des Verbrechens hinterlassen worden sind, eine immer größere Rolle spielen. Er betonte besonders die Bedeutung der Mikroskopie bei Untersuchung der Schriftlinien und der ultravioletten Strahlen, die organische und anorganische Stoffe zum Leuchten bringen. Auf diese Weise könne zum Beispiel festgestellt werden, von welchen Mineralien bestimmte Fleischstücke herstammen und dergleichen mehr.

Von ganz besonderem Interesse war der Vortrag von Dr. Schaffer-Kopenhagen über das „Gern-Sicherheitszertifikat“ und Dr. Arthur Körts aus Berlin über „Bildtelegraphie im Dienste“ politischen Sicherungsinstitutes. Das erste Verfahren ermöglicht es, daß das komplizierte Gesicht der Papillarlinien, das die Fingerabdrücke der Menschen ergibt, auf eine kurze Formel gebracht wird, die dann telegraphisch sofort an sämtliche Polizeiverwaltungen der Welt weitergegeben werden können. Ein Register der Fingerabdrücke von Verbrechern — es enthält bereits 5000 Abdrücke — soll die Möglichkeit gewähren, für den Fall, daß auf dem Tatort ein Fingerabdruck gefunden wird, der ins Register noch nicht eingetragen ist, sofort die Formel des gefundenen Fingerabdrucks in die Welt hinauszuladen und auf diese Weise einerseits leizt zu stellen, ob der betreffende Eigentümer des Fingerabdrucks nicht bereits in irgend einer Polizeiverwaltung verzeichnet ist, und um andererseits seine Verfolgung zu beschleunigen. Die Bildtelegraphie gibt wieder die Möglichkeit, auf telegraphischem Wege den Fingerabdruck, die Handchrift usw. überall weiterzugeben.

Schließlich muß noch der Vortrag des bekannten Leipziger Professors Dr. Kodel über „Mord und Selbstmord“ erwähnt werden. In zahlreichen Beispielen aus eigener Praxis wies er nach, wie schwer es ist, in vielen Fällen die Entschuldigung zu treffen, ob Mord oder Selbstmord vorliege. Er schiede, wie selbst ihm, trotz seiner Erfahrung, ab und zu Irrtümer unterlaufen sind.

Die polizeitechnische Ausstellung hat im großen und ganzen das gehalten, was sie versprochen hat. Gerade auf dem Ge-

biet der Technik hat sie verschiedenes zeigen können, was eine Förderung des Polizeiwesens bedeuten wird. Die polizeilichen Strafverfahren; die Rechtsanlagen für Private, die elektrischen Sicherheitsanlagen, die Projektionsapparate, mit deren Hilfe nicht nur Lichtbilder, sondern auch mikroskopische und kinematographische Projektionen in schnellstem Wechsel durchgeführt werden können, Leuchtplatten, die es in einfacher Weise ermöglichen, irgendwelche Abbildungen, Photographien und dergleichen mehr ohne photographischen Apparat in Originalgröße zu reproduzieren, die Steinbergsche Lampe, die bei äußerst kurtem Licht in jeder Lage brennt und leicht die stärksten Erhüllungen nicht fürchtet, und so manche andere Exponate bilden einen lehrreichen Beitrag dazu, wie sehr sich die Industrie den Forderungen des Polizeidienstes anschlägt.

Die nächste Ausstellung, die in noch größerem Maßstab ausgezogen werden soll, wird im Jahre 1926 in Berlin stattfinden.

Der Moskauer Studentenprozeß.

Die aus Moskau kommenden Berichte über den Prozeß gegen die beiden deutschen Studenten Wolff und Kindermann und den Deutschen Balten von Dittmar laufen immer abenteuerlicher. Da ein unparteiischer, umfassender Bericht über die Verhandlung nicht vorliegt, so ist es bisher unmöglich, ein richtiges Bild vom Prozeß zu gewinnen. Wolff steht bisher nur fest, daß der haitische Student Dittmar sich schuldig bekannte, während Kindermann und Wolff jedes Schuld bestreiten. In einem Telegramm der „United Press“ wird aus den Auslagen Dittmars berichtet, er habe ausgelagert, daß der frühere Reichskanzler Michaelis das Haupt der Berliner Gruppe der Organisation „Consel“ gewesen sei und daß dieser es gewesen der den Studenten Informationen gegeben habe. Weiterhin beschuldigte Dittmar den Organisationsrat Hilger von der deutschen Sozialist in Moskau, der Mittelsmann zu den Angeklagten in Deutschland gewesen zu sein. Die Organisation „Consel“ habe die Angeklagten beauftragt, die Topographie des Kremls genau zu studieren und die Terrorakte gegen Trotzki, Stalins und Merchinskis auszuführen. Alle Vorbereitungen seien getroffen gewesen, um die Angeklagten nach der Ausführung des Attentats in Sicherheit zu bringen. So hätte die Gruppe Juniors sich bereit erklärt, ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen, um sie nach Berlin oder China zu bringen. Der Angeklagte Kindermann, der im Kreuzverhör vernommen wurde, bestreit Dittmars Angaben.

Es wurde berichtet, Kindermann habe nach dem Verlesen der Anklageschrift erklärt, sie müsse von einem Freiwilligen verfaßt sein. Dieses Wort bringt sich in Erinnerung, wenn man diese sogenannten Geständnisse Dittmars sieht, die aber in idealer Übereinstimmung mit der Anklageschrift stehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das englische Geschwader in Memel. Das englische Geschwader ist auf seiner Suchtourie durch die Dänen in Memel eingelaufen. Der Kommandeur des Geschwaders Kapitän Collins hat sich mit mehreren englischen Offizieren nach Kowno begeben, wo der Engländer dem Staatspräsidenten Stalinskis und dem Außenminister Tschaczewskis einen Besuch abgestattet. Sie besichtigten die landwirtschaftliche und Industriausstellung in Kowno.

Politisches Bombenattentat in Litauen. Während einer sozialdemokratischen Versammlung in Šiauliai kam eine Bombe zur Explosion. Menschopfer sind nicht zu beklagen, doch entstand eine Panik. Die Bevölkerung versuchte, aus den Fenstern des zweiten Stockes des Gebäudes, in dem die Versammlung stattfand, zu springen. Die litauischen Sozialdemokraten befürdigen die reaktionären Kreise, das Attentat verübt zu haben.

Unterschlagungs- und Bestechungsprozeß in Sowjet-Rußland. Der riesige Standardsprozeß in Nischni-Romgorod ist zum Abschluß gekommen. Die früheren Untersuchungsrichter Blasius und Scholochow sind zum Tode verurteilt, der frühere Vorsitzende der Volksrichter, Ausafkin, der gleichfalls zum Tode verurteilt wurde, ist zu zehnjähriger Einzelhaft begradigt worden. Mehrere andere einzige Gerichtsbeamte haben schwere Kerkerstrafen erhalten. Neben anderen letzteren Prozessen läuft noch der große Standardsprozeß in Cherson, der schlimme Zustände in der Miliz und höheren Verwaltung entstellt. Nun findet die Moskauer Presse einen neuen Prozeß an, in dem acht Inspektoren der Moskauer Abteilung des Finanzkommissariats auf der Uralflotte führen. Die Anklageakte entwirkt auf 50 Seiten ein erstaunliches Bild von Bestechungen, Expressum, Verhinderung von Staatsgeldern und Orgien. Augen der Beamten werden 45 Personen angeklagt, die bestochen zu haben. Das geht durch die Gewährung lusitatischer Mahlzeiten, aber auch einfach durch Geldzahlungen. Das Geld wurde den Inspektoren in ihre Handtaschen gestellt, mit Warenpaletten überreicht, im Vorzimmer der Inspektoren auf die Tische geworfen oder einfach in die Hand gedrückt. Ein Beamtenstand ohne demokratische Kontrolle ist unmöglich nicht vorzustellen!

Der neue Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Neuer meldet aus Kalkutta: Sen Gunti ist zum Führer der Swarajistapartei ernannt worden. Er war früher erster Berater des verstorbenen Swarajistfürsatzes Das in Kalkutta. Er hat das Versprechen abgegeben, daß er die Politik der Swarajisten weiterführen werde. Das hatte Gandhi abgelehnt.

Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen ist der Schaden an Gebäuden, Straßen und Wegen beträchtlich.

Ein Nationalpark als „Nischen“ in Südsibirien. Die südsibirianische Regierung hat ein Geley eingebracht, durch das ein großer Nationalpark als Schutzgebiet für die wilden Tiere des Landes geschaffen werden soll. Tropowal, in dem sich dieser Nationalpark befinden wird, der erste sibirische Staat gewesen, der die Wichtigkeit des Tierwesens erkannte. Schon im Jahre 1898 hatte die Regierung von Transsibirien ein Gebiet am Sablinskoje zwischen dem Drakensberg-Gebirge und den Lebatsch-Hügeln, an Portogiesisch-Ostafrika angrenzend, zum Schutzgebiet erklärt, in dem verboten war, „zu jagen, zu schießen oder auf irgendeine Weise das Wild und die Wildtiere zu beschädigen.“ Nach dem südsibirianischen Krieg wurde dann dieses Schutzgebiet auf ein Gelände von etwa 300 Kilometer Länge zu 100 Kilometer Breite ausgedehnt. Das ganze Gebiet ist von Weinen kaum besiedelt, und die eingeborenen Bevölkerungen führt ein Nomadenleben. Etwa 70 Ansiedlungen sollen angegründet werden, um den Schutzpark ganz von menschlichen Niederlassungen zu trennen. Der Tierbestand ist ein gewaltiger. Es handelt sich aus dem portugiesischen Gebiet gekommen und haben sich hier vermehrt. Auch einige schwarze Elefanten sind in dem neuen Schutzpark, und man hofft, auch die wenigen noch überlebenden weißen Rhinoceros Südostasiens hier anzutreffen. Elefanten sind sehr zahlreich, Giraffenherden durchqueren den Uralwald; ebenso gibt es große Büffelherden, Zebras, Warzenböcke und Bisons. Wildschweine sind zahlreich verteilt. Dann gibt es große Mengen der verschiedenen Antilopenarten und Gnus, Löwen, Leoparden, Zebras, Wildschafe, Büffel, wilden Hunde und Hyänen. Außerdem das Wild, und das Vogeleben ist erstaunlich reich. Da wilde Tiere sehr nahe die Menge vor dem Menschen, die dieser seit ihnen erweitert hat, wieder vergessen, so sind die Tiere in dem südsibirianischen Schutzpark bereits vorherrschend zahlig, ja und werden es noch mehr werden, wenn der Bevölkerungsanstieg. Es sollen in dem Nationalpark Wege gebaut und Unterführungen sowie lange Zäune in bestimmten Strecken eingerichtet werden. Automobilstraßen werden einen leichten Zugang zu dem Nationalpark gewähren, vor als ein riesiger zoologischer Garten für ganz Europa gesehen ist.

Victoria-Theater
11/12 u. 1/2 Uhr.

Der Film von den Olympischen Spielen 8 Akte

Das größte Sportereignis der Welt, an welchem 45 Nationen teilnahmen. Zeitlupenaufnahmen der Zielschüsse von Nurmi, Abrahams, Ritola, Borg, Osborn, Thoms. Rugby U.S.A. um die Weltmeisterschaften.

Eintritt:
Balkon . . . 0,50
Saal . . . 1,00
Loge . . . 1,50

Stadttheater.

Dienstag 6 Uhr:
Letzte Vorstellung der Spielzeit

Die Meisterfinger
von Rütnberg

Vom 2. bis 16. Juli,

Montag 8 Uhr:

Ensemble - Gastspiel
von Mitgliedern des
Wiener Burgtheaters

Donnerstag, den 2. Juli;

und Freitag, den 3. Juli:

Die Kinder.

Samstag, den 4. Juli,
und Sonntag, den 5. Juli:

Jolandas letztes
Abenteuer.

Vereinigte Theatren

G. H. 3955

Tel. Ring 6774 u. Ring 6700

Lobe-Theater

Schluß der Spielzeit.

Dienstag, abends 8 Uhr:

sechs Personen

suchen einen Autor

von Luigi Pirandello.

Thalia-Theater

Dienstag, abends 8 Uhr:

Schluß der Spielzeit!

Die heilige Johanna

von Bernhard Shaw

zu kleinen Preisen

(von 30 Pf. an bis 2 Mk.)

11. und 12. Juli

Bannerweihe u.

Republikanertag

zum 10jährigen Bestehen d. Ortsgruppe Löwen

des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold.

Festredner: v. Puttkamer, Berlin.

Mitglied der Liga für Menschenrechte.

Gesinnungsfeinde! Erscheint in Massen in

Löwen, um den Reaktionären im Städtebau, sowie in

Krieg und Umgegend durch unsere Demonstration zu

zeigen, daß es schwer sein dürfte, die Grundsprecher

in die Tat umzusetzen.

Neben anderen Darbietungen werden

Fußballwettkämpfe

bester schlesischer Mannschaften (Krieg) ausgetragen.

Beimverband ist gut.

Vorrednungen sind an Kameraden Gurny-

Löwen zu richten. Der Festbeitrag von 50 Pf. ist

von den Ortsgruppenführern gegebenenfalls auf das

Konto unseres Vorsitzenden Gurny in der Vereins-

bank Löwen, Postcheck-Konto, Breslau 222, mit dem

Hinweis auf die Bestimmung einzutragen.

„Frei Heil“

Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold

I. A.: Gurny, Vorsitzender.

Schlesisches Landesordensfest.

Montag, Dienstag, abends 7½ Uhr: 3000

Südpark - Konzert

Symphonie C dir. (Janos) Beethoven.

Leitung: W. Maudry.

Eintritt 60 Pf.

Sommerfest

der

„Breslauer Hausfrauen“

am Dienstag, den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr

im Südpark

3000

Näheres siehe Anschlagtafel!

Kurgarten

Kleinburg, Kürassierstraße 12/18

Heute:

1. groß. Kinder-Fest!

Ab 7 Uhr:

Sommernachts-Ball!

3000 Näheres siehe Anschlagtafel!

Achtung!

Sommerende und Wander!

Führer und Wegekarten (mit den offiziellen

Farbmarkierungen der Touristengänge) für alle

schlesischen Gebiete und Landschaften in großer

Auswahl vorrätig!

Zum Aussuchen!

Einige Taschenbücher

bekannt, gute Reise-

lektüre für jeden Geschmack und in jeder

Preisstufe.

Volkswirtschaftshandlung

Breslau III, Neue Grünstraße 5

Postanschrift: Breslau

10000 Breslau

10000

Saison-Ausverkauf

Radikale Räumung der Bestände / Spottbillige Ausverkaufs- u. Gelegenheitsposten

Bekleidung

Damen-Mantel präg. Wasch-Covercoat	11.50
Damen-Mantel rein Edelstuch	19.50
Damen- und Badefisch-Sommer- mantel aus engl. gestus. Stoffen St. 6.85	5.65
Badefisch-Sommermantel versch. Verar- beitungen, ohne Rücksicht auf den früheren Preis durchweg Stück	9.75
Damen-Gummimantel erst. klassig. Fabrikat, ladeloser Sitz Stück 29.50, 24.50	18.50
Damen-Windjacket Cover- u. Gabardine, imprägniert	11.50
Jugendkleide 1000 spottbillige Waschkleider	5.95

Zehnt-Waschkleider

Damen-Waschkleider a. la Wasch- kleidern, mit sehr hübsche Muster m. reich Knopfgarnier St. 3.95	
Damen- u. Badefisch-Frottékleider i. best. Qual., viel hübsch. Machterien, St. 9.50, 7.50	5.95
Feste, jugendliche Waschkleider aus schottisch karierter Wasch- krep, garantiert leicht- u. wasch- einf., keine sparte Farbenstiftig. mit Vollvolleidchen und Taschen Stück 6.50	
Jugendliche Schotten- kleider, la Wäsche 6.50	
Sportkleider, la Zephir, gatt. gestreift, Faltenverarbeitung, offen und geschlossen zu tragen Stück 2.65	
Sportkleider, la Zephir, gatt. Waschgewebe, Faltenverarbeit- ung und geschlossen zu tragen Stück 4.65	
Waschkleider aus la Mousseline, in bildschönen Mustern S. 7.75	3.85

Aparie Kasaku aus feinen Foulards, entzückende Muster, elegant verarbeitet, mit kurzen und langen Ärmeln Stück 7.85	
Mouseline-Kleidchen , gut, Waschgewebe, Punk- muster, f. 1-3 Jahre durchweg Stück 1.65	
Mouseline-Kleidchen a. la Waschgewebe, in vielen mod. Mustern und Fertstellung, für 1-4 J. für 1 Jahr Stück 1.95	
Eleg. Mädchen-Waschkleid, am best. Waschgewebe, entzückende Muster, mit weiß. Bobrikragen u. blauer Schleife, für 5-14 J. für 5 Jahre Stück 4.75	
Jedes weit. Größe 50 P. mehr. 1 Posten Mädchen-Schal- kleid, präg. aus la Wasch- gewebe, viele neue Must. u. Farb.,nett verar., für 5-14 Jahre, für 5 J. Stück 2.95	
Jedes weit. Größe 40 P. mehr. Waschkleid für Mädchen und Kinder, a. la gest. Waschstoffen, hell u. dunkl. für 1-4 J., für 1 Jahr Stück 0.95	

Waschkleid aus türk gesetztem Waschstoff, in Blenden u. Knopf- versicherung, für 1-4 Jahre Stück 1.35	
Waschkleid weiß, Reppst. a. Rosa, Bengal. Waschgewebe, in viel Ausführungen mit Stickerei, gehoben etc., für 1-2 J. für 1 Jahr durchweg Stück 1.95	
Waschkleid für Kinder, am best. Waschgewebe, entzückende Muster, am ausdruckt, leinen- artigen Waschstoffen, mit reich buntfarbiger Garnierung und Perlmutterknopf, für 1 J. 2 Jahre, für 1 Jahr Stück 1.65	
1000 Stück	

Kinder-Trikot-Sweater mit halben Ausschnit, deck Ausschnitt schwarz Formen 1.20	
1 Posten Kinder-Trikot- Sweater-Anzüge mit Ausschnitt, Hose u. Anzug, deckiger Ausschnitt, marine, blau, rot, braun Größe 1-2 3-4 5 2.25 2.50 2.75	
Kinder-Trikot-Sweater mit halben Ausschnit, deck Ausschnitt schwarz Formen 1.20	
Kinder-Trikot-Sportwesten in sehr schönen Farben in Qualität Gr. 2 3 4 5 2.25 2.50 2.75 2.95	
Kinder-Sweat- Weste in den schönen Farben für Reise und Strand Serie I Serie II 6.90 9.50	

Gummistiefel Regen- und Schuhstiefel in sehr schönen Farben und Formen Höhe Serie I II III IV 6.75 8.95 1.65 1.65	
Regenstiefel Serie I II III 6.75 8.95 1.25	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
Damen-Schuster mit Qualität Stück 2.50	

1000 Stück	
Damen-, Badefisch- und Kinder-Socken	
ganzheitl. wie Leder, Togel, Lila und Farben, modern, unterschiedl. und kleine Formen in allen erdenklichen Ausführungen durchweg Stück 1.75	
1000 Stück	
<b	

Gewerkschaftsbewegung.

Einigungskongress der Eisenbahner.

Köln, 28. Juni. Der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten traten am Sonnabendmorgen zur ersten gemeinsamen Tagung zusammen. Hauptvorstand Schefel vom Deutschen Eisenbahnerverband begrüßte die Tagung und übermittelte ihr die besten Wünsche der ausländischen Bruderorganisationen. Schefel wies darauf hin, daß neben der jetzt glücklich zustandekommenen Einheitsorganisation noch die Schaffung von Kartellverträgen vorgesehen sei, die besonders den Organisationen des Verkehrsgewerbes eine stärkere Aktionsfähigkeit verleihen werde. Weiter betonte er, daß der Zusammenschluß auch schon deshalb begrüßt werden müsse, weil die Technisierung des Eisenbahnbetriebes immer weiter fortschreite, hier könne nur eine starke, machtbare Organisation die Interessen der Arbeitnehmer wahren, die auch wirtschaftspolitisch etwas in die Wegeleite zu werben habe. Die erste Tagung der Einheitsorganisation der Deutschen Eisenbahner habe in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung historische Bedeutung. Das erste Mal hätten sich Arbeiter und Beamte zum Kampf um ihre soziale Sicherstellung vereint. (Stürmischer Beifall.) Das Verhältnis müsse von einem starken, gegenseitigen Vertrauen getragen werden. Kameradschaftlichkeit müsse herrschen, ohne daß das Vorgesetztenverhältnis im Betriebe zu leiden brauche. Einheitlicher Wille jue. not.

Dann begrüßte der bürgerliche Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne, den Einigungskongress. Er bedauerte, daß der Zusammensetzung, der den Maßen als reise Frucht in den Schoß fiel, infolge der mangelnden gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiterschaft bald wieder verloren ging und die Einigung der Beamten und Arbeiter erst heute erfolge. Das Schicksal der neuen Einheitsorganisation werde nicht mehr „Amboß“, sondern „Hammer“ sein. (Stürmischer Beifall.) Anschließend konstituierte sich die Generalversammlung des neuen Verbandes. Als Vorsitzende werden einstimmig gewählt: Schefel, Menne und Hermann. Auch die Zusammensetzung der Wahlkommission und Rechnungskommission erfolgt einstimmig entsprechend den Vorschlägen. Kaufhaus-Berlin erläuterte die Einzelheiten der neuen Statuten, die gegen die Kommunisten angenommen wurden. Die neue Organisation erhält den Namen „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“. Das Gesamtstatut der neuen Organisation wird schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Als Hauptvorstand wurde Schefel wiedergewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Menne, der bisherige Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, zweiter stellvertretender Vorsitzender Kaufhaus. Dem Vorstande gehören ferner an: Dräger (Kassierer), Apitzsch, Breunig, Jahn, Zschade, Kunze, Prawitsch, Steinberg und Thieme als Sekretäre und 13 unbesoldete Mitglieder, die auf die einzelnen Bezirke verteilt sind.

Im Schlußwort dankte Schefel allen, die sich um das Zustandekommen der neuen Organisation verdient gemacht haben. Er zeigte dann in großen Linien die Zukunftsaufgaben der neuen Organisation und betonte, daß jetzt die Delegierten die Werbungsarbeit für die neue Einheitsorganisation mit allen Kräften aufnehmen müssen. Nur wenn jedes einzelne Mitglied der Organisation seine Pflicht tue, werde die Organisation stark werden; nur durch Kampf werde die deutsche Eisenbahnerkraft zum Sieg kommen. (Stürmischer Beifall.) Siegend sangen die Delegierten die erste Strophe der „Internationale“. Damit war die bedeutungsvolle Tagung der Eisenbahner beendet.

35 Jahre Fabrikarbeiterverband.

Der wissenschaftliche Erfindergeist und seine wirtschaftliche Ausweitung durch die moderne Technik hat seit der Mitte des vorherigen Jahrhunderts eine Reihe neuer, wirtschaftlich sehr bedeutender Industriezweige geschaffen, zum Beispiel die chemische, Kaufhaus- und Asbest-, Jütter-, Margarine- und Zementindustrie usw. Die in diesen Industriezweigen angewandten Produktionsverfahren haben nur verhältnismäßig geringe Bevölkerungspunkte mit den aus der Vergangenheit übernommenen Arbeitsmethoden des Handwerks, die für den größten Teil unserer Industrie den technischen Ausgangspunkt bilden. In den vorher genannten Industrien und auch in einigen anderen Gewerbezweigen, deren Arbeitsverfahren durch die Maschine vollständig revolutioniert wurde, wie z.B. in der Papierfabrikation, der Ziegelherstellung, der Gemüntigung von Pflanzenöl u.a. bilden die „Ungelernten“, d.h. Arbeitskräfte, die keine besondere produktionstechnische Beurteilung genossen haben, die keine „Löhne“ durchgemacht haben, den größten Teil der Beschäftigten. Die Massen der „ungelernten“ Arbeiter dieser Industriezweige für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, war Aufgabe des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, der auf dem Kongress aller nicht gewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands im Jahre 1890 unter dem Namen „Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen“ gegründet wurde. Nach dem Willen seiner Gründer sollte der Fabrikarbeiterverband die Gewerkschaftsorganisation aller „Ungelernten“ überhaupt werden, ein Gedanke, der der heutigen Gewerkschaftsgeneration gewiß fremd anmutet, weil sie augenblicklich hervortretende Interessen gegenwärtig zwischen Gelehrten und Ungelernten nicht kennt. Damals, in den Anfangen der deutschen Gewerkschaftsbewegung waren sie aber vorhanden und kamen zum Ausdruck in der Verwertung der Mietgeldschicht für Ungelernte in den mit zünftischem Geist durchdrängten Berufsorganisationen.

Ohne Zweifall steht fest, daß der Fabrikarbeiterverband die schwere Aufgabe der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu lösen hatte, nämlich: Die Organisation der ungelernten Industriearbeiter, die Einreichung der untersten Schicht des Proletariats in den allgemeinen wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterschaft, jener Schicht, die ohne jede berufliche Fortbildung, ohne jede Schulung ihrer natürlichen Kräfte und Fähigkeiten den härtesten Kampf ums Dasein führen muß.

Bereits vor Ausbruch des Weltkrieges gehörten der Fabrikarbeiterverband mit seinen 207 000 Mitgliedern zu den größten deutschen Gewerkschaftsverbänden. In der revolutionären Hochzeit der Nachkriegszeit ließ die Zahl seiner Mitglieder bis auf über 750 000. Die Erfahrungen vergangener Perioden, gewerkschaftlichen Auswirkungen machten es zur Gewissheit, daß diesem angehenden Aufstieg ein harter Rückschlag folgen würde. Dieser trat ein, als die inflationistische Geldentwertung in sich zusammenfaßt und gleichzeitig jede fürchtbare Wirtschaftskrise 1923 einzog, deren unendliche Wirkungen auf die Gewerkschaften noch durch die Folgen des Kappelkampfes, die innerpolitische Zerrüttung und die kommunistische Fortführungsaktion

verstärkt wurde und in manchen Teilen der Arbeiterschaft eine Gewerkschaftsfeindschaft schuf, die sich stellenweise bis zum Gewerkschaftshass steigerte.

Es ist aber falsch, aus dem zahlreichen Mitgliederrückgang im Jahre 1924 den Rückzug zu ziehen, — wie es z.B. der Geschäftsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hindeutet — daß der Gewerkschaftsgedanke an sich eine Schwächung erfahren hat, die Zweitwelt über die Wirkungen der Wirtschaftskrise hinausgeht. In Wirklichkeit stellt der gewerkschaftliche Mitgliederrückgang im Jahre 1924 weiter nichts dar, als eine Reinigung der Mitgliederlisten, die sich bei den noch lange bestehenden unklaren wirtschaftlichen Verhältnissen, bei der großen Arbeitslosigkeit lange hinauszögerte. Zum Teil hatte der Mitgliederrückgang auch seine Ursache in der Verringerung der Arbeiterschaft in der Industrie, z.B. in der chemischen Großindustrie. Das Verbandsjahr 1924 war für den Fabrikarbeiterverband ein Jahr organisatorischen und finanziellen Aufbaues und der Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Kampfkraft.

Das vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes herausgegebene Jahrbuch für das Jahr 1924 enthält auf 264 Seiten ein reichhaltiges Material über die gewerkschaftliche Arbeit des vergangenen Jahres und gibt ein Bild von den vielseitigen Interessen, die der Fabrikarbeiterverband zu vertreten hat. An Lohnbewegungen führte er nicht weniger als 1254, davon 1090 ohne Arbeitseinstellungen, an denen 973 092 Beschäftigte in 12 349 Betrieben beteiligt waren. Bei 164 Lohnbewegungen kam es in 341 Betrieben mit 48 863 Beschäftigten zur Arbeitsniederlegung, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Verschlechterungen abzuwenden. In 64 Lohnbewegungen mit 26 035 Beteiligten in 110 Betrieben sperrten die Unternehmer aus, um der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Auf die einzelnen Industriegruppen, die zum Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes gehören, vertheilt sich die Lohnbewegungen wie folgt:

	Zahl der Lohnbewegungen	mit Beteiligten	Personen
Chemische Industrie	250	3 996	507 305
Papier-Industrie	202	1 036	115 777
Industrie der Steine und Erdöl	407	4 190	164 985
Nahrungsmittel-Industrie	327	1 939	168 424
Ind. künstl. Blumen u. Blätter	25	449	13 136
Spieldenkm.-Industrie	30	320	8 502
Sonstige Betriebe	103	760	36 516
Insgesamt:	1254	12 690	1 014 655

Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen des Verbandes war für 947 382 Personen 1 954 636 Mark Lohnerhöhung die Woche, umgerechnet auf das Jahr 1911 101 641 072 Mark, für 1777 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 5030 Stunden pro Woche, für 27 663 Personen sonstige Verbesserungen oder Abwehr der Verhältnisse.

In Wirklichkeit war die erreichte Steigerung der Löhne weit höher als die statistische Zusammenstellung nachweist, da nach der Statistik der Tariflöhne eine durchschnittliche Lohnerhöhung von circa 30 Prozent erzielt werden konnte, in manchen Industrien sogar bis zu 50 Prozent. Nach der Tarifstatistik des Fabrikarbeiterverbandes bestanden am Jahresende 591 Tarife für 9648 Betriebe mit 658 026 Beschäftigten. Auf die einzelnen Industriegruppen verteilen sich die Tarifverträge folgendermaßen:

	Zahl der Tarifverträge	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
Chemische Industrie	95	2701	239 372
Papier-Industrie	58	1202	102 888
Industrie der Steine und Erdöl	247	3988	157 284
Nahrungsmittel-Industrie	103	867	76 083
Ind. künstl. Blumen u. Blätter	11	261	6 959
Sonstige Industrien	64	209	8 445
Insgesamt:	591	9648	658 026

Der kollektive Lohnvertrag hat auch auf dem steinigen Boden den der Fabrikarbeiterverband bedient muß, seines Wurzeln gefaßt. Im Jahre 1913 tonnen er 465 Tarifverträge für 789 Betriebe mit insgesamt 42 000 Beschäftigten abgeschlossen. 1924 eine nicht viel höhere Zahl von Tarifverträgen aber für die 13fache der Betriebe und für die 18fache der Mitglieder. Dieser Vergleich zeigt, welche ungeheure gewerkschaftliche Arbeit der Fabrikarbeiterverband geleistet hat.

Neben der Festigung der Organisation war das Jahr 1924 auch für die Verbandsseite ein Jahr der Gefundung. Die Industrialisierung hatte das Verbandsvermögen, das 1913 fast 4 Millionen Goldmark betrug, bis auf einige Sachwerte vollständig vernichtet. Der Vermögensabschluß der Haupfkasse für 1924 zeigt einen Bestand von annähernd 1½ Millionen. Die Gesamteinnahme betrug 5 494 857 Reichsmark, die Geldeinzahlung 4 682 116 Reichsmark, davon wurden allein 1 848 999 Reichsmark für Unterstützungen aufgewendet. Die Erwerbslosenunterstützung erforderte 927 918 Reichsmark, die Streitunterstützung 773 541 Reichsmark, sonstige Unterstützungen 118 740 Reichsmark. Einßließlich der aus Mitteln der Lofakasse gezahlten Unterstützungen betrug die für Unterstützungs Zwecke aufgewendete Summe 1 934 925 Reichsmark, eine in Abrechnung der vollständigen Kostenrechnung am Anfang des Jahres erzielte Beispiel organisatorischer Wiederaufgrundung, aber auch des praktisch wirkenden gewerkschaftlichen Solidarismus.

Die kommunistische Sturmkolonne, die den Fabrikarbeiterverband ganz besonders stark beeinträchtigte und momentan die Arbeiterschaft der chemischen Großindustrie als leichte Beute wählte, hat jedoch mutlos ihre Arbeit aufzugeben müssen. Allerdings erfuhr nachdem sie leichtfertiger Weise ungeheure Schaden angerichtet, nachdem sie wichtige Verwaltungsstellen, deren Aufbau ungeheure Mühe kostete, vollständig zerstört hat. Der Industrieverband der Chemiearbeiter, das kommunistische Konkurrenzunternehmen zum Fabrikarbeiterverband, hat Pleite gemacht. Die gewerkschaftliche Unfähigkeit war kein Tötengräber.

Alles in allem gendmum war das Jahr 1924 für den Fabrikarbeiterverband trotz starker zahlreicher Mitgliedsverluste ein Jahr der Festigung und des Wiederaufbaus. Der Aufstieg findet im Jahre 1925 seine Fortsetzung. Bis Ende Mai war eine Mitgliederzunahme von fast 50 000 zu verzeichnen, doch sich die Mitgliederzahl des Fabrikarbeiterverbandes auf nahezu 400 000 erhöht hat. Der 15. Verbandsstag, der am 5. Juli seine Tagung in Leipzig beginnt, wird mit Bekämpfung der völzigen Gefundung der Organisation feststellen und Mittel und Wege finden, um die weitere Aufwärtsentwicklung vorwärts zu treiben.

Tagung des Bundes deutscher Architekten.
Forderung nach Anerkennung ihrer Arbeitergemeinschaft als verfasste Spitzenorganisation.

Zahlreiche Vertreter aus ganz Deutschland waren zu dieser am Anfang dieser Woche in München abgehaltenen Tagung des Bundes deutscher Architekten erschienen. Der deutsche Finanzminister betonte in seiner Grußrede, daß die Architekten ihre Aufgabe erfüllt hatten: nämlich für funktionale und wirtschaftliche Gebäude zu bauen. Neben die Bedeutung der freien Berufe in der Wirtschaftsordnung legte die Hauptverwaltung dem Bundestag den Geschäftsbericht mit einer umfänglichen Tagessordnung vor. An die Tagung schloß sich eine Reise nach Wien an.

Aufgabe, die Belange der freien Berufe zu fördern, und eine ihrer Bedeutung entsprechende Beziehung im neuen Wirtschaftsstaat. Die Erfüllung ihrer Wünsche, schloß er, läge im Interesse der deutschen Wirtschaft und des damit zusammenhängenden Gemeinwohls. In einer nächstöffentlichen Versammlung legte die Hauptverwaltung dem Bundestag den Geschäftsbericht mit einer umfänglichen Tagessordnung vor. An die Tagung schloß sich eine Reise nach Wien an.

Textilarbeiterversammlungen.

In drei Beratungsungen vom 22., 23. und 24. Juni nahm die Textilarbeiterchaft Kenntnis von dem Verhalten der Arbeitgeber zu den Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Der Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der Bezirksspitale Breslau gab die Forderungen nochmals bekannt, die als Grundlage des Würtemberger Lohnakkords einen Spitzelohn für Männer von 54 Pf. und für Frauen von 45 Pf. pro Stunde haben. Für Jugendliche sei der Lohn pro Stunde nicht unter 22 Pf. zu stellen. Wenn die Forderungen bewilligt würden, könnte trotzdem von einem hohen Lohn nicht die Rede sein. Aber die Herren Arbeitgeber Breslaus haben für die Spinnereien Breslaus es gar nicht für notwendig gehalten, zu antworten und zentral wurde für ganz Schlesien der Gallertung in Liegnitz mitgeteilt, daß die gestellte Forderung völlig unmöglich sei. Die in den einzelnen Bezirksgruppen gesetzten Sonderforderungen werden abgelehnt. Für die Rohstoffspinnerei wird uns mitgeteilt, daß eine Forderung von 20 Prozent keine Verhandlungsbasis bildet. Bei einem Stundenlohn von 40 Pf. für Männer wären doch 20 Prozent zuviel unerhört, nicht wahr? Obwohl der Lohn in der gleichen Branche anderer Bezirke 54, 57, 58 oder 60 Pf. beträgt.

Von den Kleiderfabriken wird uns durch den Arbeitgeber mitgeteilt, daß die Herren Arbeitgeber jetzt und in den nächsten Wochen nicht erreichbar sind. Wahrscheinlich sind die Herrenschaften ins Bad verreist. Aus diesem Grunde soll die Arbeiterschaft bis mindestens den 2. August ihre Forderungen zurückstellen.

Vom Arbeitgeberverband des Einzelhandels wird uns für die Städtereien mitgeteilt, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, die gegenwärtigen Löhne zu erhöhen, sie seien kaum imstande die jetzigen, sehr hohen Löhne auszusuchen. Hierbei sei nur an die Löhne der Arbeitsmädchen von 12 Pf. und 15 Pf. pro Stunde erinnert. Esterre für Mädchen unter 16 und letztere über 16 Jahre. Die Empörung war groß über das Verhalten der Arbeitgeber und in der Diskussion wurde es als delikat empfunden, wenn Arbeitnehmer die ganze Woche für 15–17 Pf. arbeiten müssen und damit eine Familie ernähren sollen.

Sehr von Bedeutung waren die Ausführungen einer Arbeitnehmer, welche die Schuld dieser Zustände der Arbeiterschaft selbst gab, die sich nicht um ihr Schicksal genügend gekümmert hat, sondern gleichzeitig in die Zukunft hineingelegt, in der Erwartung, die Arbeitgeber müssen es doch selbst einsehen, daß bei einem Stundenlohn von 11–38 Pf. nur zu Verbesserungen ist. Sie führt weiter aus: Jetzt haben wir das Einsehen der Arbeitgeber! Wie nun aus dem Elend heraus? Die Arbeiterschaft hat sich mehr um ihr Schicksal zu kümmern, sie muß gezwungen in die freie Gewerkschaft, sie darf nicht alles lassen wie es läuft. Jedem einzelnen müsse doch jetzt klar geworden sein, daß kein Unternehmen einen Pieknig-Lohn heraussetzt. Die Arbeitgeber haben es wohl mit ihrem Verhalten klar gezeigt, daß es für die Arbeiter nur eins gibt, hinein in den Verband, und nicht nur Mitglied, sondern auch Funktionär sein, um den letzten Kernsteindien dem Verband zuzuführen.

In ähnlichem Sinne wurden die Diskussionen in allen Versammlungen geführt, die mit dem Schluß endeten, nicht früher zu ruhen, bis die Textilarbeiterchaft aus ihrem Elend befreit ist. Die Beschäftigten der Städtereibetriebe wollen wir an dieser Stelle ermahnen, die Versammlung am Donnerstag, den 2. Juli, nicht zu versäumen, damit der gute Rat des Arbeitgeberverbandes beraten werden kann, die geeigneten Schritte zu unternehmen.

Gesperrte Baustelle.

Die Baustelle Leitergruß Schieferwerderstraße 47 gilt bis auf weiteres als gesperrt.

Ferner machen wir aufmerksam, daß die Versammlung der Betriebsausschuß der Maurer nach der Delegiertenversammlung am kommenden Donnerstag stattfindet. Die Delegierten- und Delegiertenversammlung muß am kommenden Donnerstag unbedingt abgehalten werden.

Der Streik der Maurer Postangestellten, der von den Drauschauschasträgern zentral ausgeht und im Laufe des Donnerstagabends groß im Umfang angenommen hatte, ist beendet worden, nadben die Streikenden die Entfernung erheben haben, daß die von ihnen telegrafische Teuerungszulage bereits am 1. Juli ausgezahlt wurde.

Berichtigung. In dem Bericht von der G.-V. der Lebendarbeiter ist ein Irrtum unterlaufen, indem als es nicht heißen darf: Einführung der Induktions-Unterstützung auf Vorschlag der Kommunisten, sondern auf Vorschlag des Centralvorstandes. Die Kommunisten haben diesen Vorschlag im Gegenteil aufs heftigste bekämpft.

Wirtschaft.
Der amerikanische Arbeitsminister gegen Heraabsetzung der Löhne.
Der Wert der amerikanischen Fabrikproduktion betrug im Jahre 1923 60 481 135 000 Dollar, das bedeutet eine Zunahme von 38 Prozent gegenüber dem Jahre 1921. Die Zahl der in der Fabrikbetrieb beschäftigten Personen belief sich in dem gleichen Jahr auf 10 178 750, davon waren 8 768 233 Lohnempfänger im engeren Sinn; das stellt ein Anwachsen von 26,9 Prozent gegen das Jahr

produkt; wir hören nur allzu wenig von jeder wunderbaren Tatsache der heutigen Zeit, der Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters in Verbindung mit der von ihm gehandhabten Maschine. Diese Leistungsfähigkeit steigert sich von Jahr zu Jahr. Ich weiß, es ist allgemein üblich, von der Maschinenproduktion im Gegensatz zur Handarbeit zu sprechen, als ob die Maschine, einmal eingeführt, einen neuen und festen Maßstab der Arbeitsleistung pro Mann gesetzt hätte. Darum handelt es sich aber heute für uns gar nicht. Für uns besteht die Frage in dem Unterschied der Maschinen von heute und der Maschinen von vor einem oder zwei Jahren. Wir hören sehr viel über die Lohnverhöhung seit dem Weltkrieg, zum Beispiel die Lohnverhöhung der Arbeiter in den Schuhfabriken; aber man sagt uns meistens nicht, daß auch die Arbeitsleistung pro Mann und Stunde ungleicher angesehen hat.

So hat z. B. in einem Betrieb in Neu-England, dessen Löhne seit 1916 um 48,5 Prozent gestiegen sind, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, gemessen an der Produktion pro Mann und Stunde, um 25,1 Prozent zugenommen. Während dort der Arbeiter im Jahre 1916 eine Stunde und 42 Minuten zur Herstellung von einem Paar Schuhe brauchte, braucht er heute nur noch 54 Minuten. Dies ist zweifellos erreicht worden durch die Einführung besserer Maschinen und rationellerer Betriebsmethoden.

Ein anderes Beispiel bietet die Kohlenproduktion. Es interessiert mich nicht sehr, zu wissen, daß im Jahre 1850 in den Bergwerken, wo es nur Handarbeit gab, die Produktion pro Mann nur 25 Tons betrug; aber es interessiert mich, festzustellen, daß es im Jahre 1894 470 Tons, im Jahre 1900 671 Tons und im Jahre 1919 811 Tons betrug und daß sie heute auf 1179 Tons gekommen ist. Es interessiert mich ferner zu wissen, daß wir im Jahre 1919 größere Mengen von Kohlen produzierten und dafür weniger Arbeiter brauchten als im Jahre 1899. Im Jahre 1891 brauchte ein Mann 14 bis 16 Stunden zur Herstellung einer Lanzionne Reheisen; heute braucht er dazu in den meisten Betrieben 2 Stunden 15 Minuten, in Pittsburgh und Chicago sogar nur eine Stunde 54 Minuten, in den südlichen Staaten aber noch vier Stunden und 20 Minuten.

Was die Textilindustrie angeht, so befinden wir uns augenzwinkrig in einer ungünstigen Lage. Der Preis für die Rohstoffe, Baumwolle und Wolle, hat einen beispiellos hohen Stand erreicht und es scheint in der Industrie die Neigung zu bestehen, durch eine Lohnkürzung diesen übermäßigen Preis (wichtigstes teilweise) auszugleichen. Man sagt uns, die Industrie könne angeblich der bestehenden Löhne und Materialosten nicht weiter begegnen. Dazu möchte ich auf eine fürstlich verdeckte Anrede hinweisen, die folgendes zeigt. Während noch vor drei oder vier Jahren die Arbeitnehmer im allgemeinen nur vier bis sechs Webstühle in Gang hielten, nie aber mehr als zehn, gehen sie heute nach einer Lohnkürzung, in die gleichen Betriebe zurück und handhaben 30 Webstühle pro Mann. Bis vor wenigen Jahren kosteten die Textilfabriken Neu-Englands ihre Garnbäume mit etwa 50 Pounds Baumwolle oder Wolle; später wurden diese durch Garnbäume mit 150 bis 300 Pounds erhöht und heute werden sie Garnbäume mit 600 bis 1000 Pounds.

Man wird mir zugeben, daß die Arbeitskosten auf einfacherem und humoristischem Wege herabgesetzt werden können als durch Leidenschaften."

In der Badische Industrie von Chicago haben Arbeitgeber und Arbeiter vor kurzem ein neues Verbundkennen geschlossen, das eine Lohnkürzung von 18 Prozent vorsieht. Nun gibt es Betriebe in Chicago, wo eine von einem Mann bediente Maschine 19.000 Sachen in der Stunde liefert. Das macht es natürlich keinen großen Unterschied, wenn man diesem Mann einen etwas höheren Lohn zahlt. Nicht mehr würde er die Herstellungskosten von 1000 Sachen mehr als Einschlagen haben.

Natürlich sind nicht alle Fabriken mit so guten Maschinen ausgestattet, aber die Frage ist eben, ob es nicht besser wäre, das Maschinen-Material zu verbessern, um dadurch die Produktion zu steigern und die Arbeitskosten zu verringern, anstatt zu einer Lohnkürzung keine Rücksicht zu nehmen?

Man kann ruhig sagen, daß eine Herabsetzung der Löhne nicht immer eine Verminderung der Arbeitskosten bedeutet; dann durch die niedrigeren Löhne wird ein bestimmter Prozentsatz der höheren Arbeitnehmer, die anderweitig höhere Löhne bekommen würden, und an ihre Stelle treten weniger leistungsfähige Arbeiter. Die Aufstellung des Kürs für Arbeiter-Statistik führt zum Beispiel, daß in einem Betrieb, wo ein Mann zwanzigmal soviel Stunden zur Herstellung von 1000 Sachen benötigt, die Lohnkosten, trotzdem der Betrieb nur 17 Cents pro Stunde bezahlt, höher waren als in einem anderen Betrieb, der 70 Cents die Stunde zahlt. In dem letzteren Betrieb forderte die Löhne um weitere 18 Prozent erhöht werden; der Arbeitgeber aber, der mit 17 Cents begnügte, muß sich jetzt nach Einvernehmen, kaufmännisch Mexikone, umsehen, mit dem Ergebnis, daß seine Lohnkosten per 1000 Stück sich wahrscheinlich erhöhen werden.

Keiner Ansicht nach soll das Motto des amerikanischen Arbeitgebers auf der ganzen Linie lauten: Erhöhte Leistungsfähigkeit, nicht aber Lohnkürzung!"

Kommerzienrat Dr. Emil Guggenheim, der noch vor einigen Tagen auf dem Kölner Industrietag die steuerlichen Interessen der Schwerindustrie vertretet, ist am Montag in Berlin plötzlich einem Herzleiden erlegen. Guggenheim war vor Haus aus Zürich, Richter und Staatsanwalt, und trat dann, schon ein Mann von 40 Jahren, über in die Nürnberg-Augsburger Maschinenfabrik A.-G., in den Dienst der Industrie. Im Dienste der Industrie behandelte er besonders sozialpolitische Fragen und stand besonders später im Zentralverband der Arbeitgeber, durch seine präzisierte Art immer im höchsten Gegenstand zur Arbeitseinsicht, besonders zu den Gewerkschaften. Er ist nur 35 Jahre geworden.

Ablösungen des Pfleider- und Trommlerkorps heimwärts, Hoffen und wünschen wir, daß die umliegenden Ortschaften Gleiche vertragen. Zu den Hochburgen der Reaktion gilt es hierzu! — Am Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 Uhr, findet in Fleischiers Gasthaus, zwecks Bekanntgabe der Satzungen, Wahl eines Vorstandes usw., die erste Mitgliederversammlung statt. Alle Republikaner von hier und Umgegend, die wilsens sind, beizutreten, werden hiermit aufs herzlichste eingeladen.

Aus Schlesien.

Besuch nye deutsche Bauden!

So lautet stets die Aufforderung in der Bürgerlichen Presse, in nach einem uns mitgeteilten Beispiel zu bezeichnen. Ein Beispiel unserer Zeitung befürchtet zu Prügeln das Sudetengebirge. In der Gegend von Neustadt Liegnitz, auf dem Bischofssitz ist auf reichsbritischem Boden eine neue „Oberschlesische Bude“ errichtet worden, also eine deutsche Bude. Die auf dem Gipfel des herlichen Berges gelegene Bude soll überraschend sein. Wenn man nun in die Nähe der deutschen Bude kommt, erbt man eine Flagge nicht in den deutschen Reichsfarben, sondern in den monarchistischen Farben Schwarz-Weiß-Rot. Es handelt sich nicht um eine deutsche, sondern um eine deutsche „nationale Bude“. Hier steht kein Bauden, der Weit weg ist aus diesem Grunde nicht die Bude und ging in die einzige Minuten entfernt liegende „tschechische“ Bude. Und höchstfeindlich wird jeder Bergfreund von diesem Wandeheim schreien. Neben billiger Bevölkerung einem ausgesuchten Trunk, ist alles echt deutsch! Kein einziges tschechisches Blatt hängt aus, alle Juwelen in Deutsch, die Sprache nur in Deutsch, dazu deutscher Gesang. Ja, nun fragt man sich, warum die sogenannte „deutsche“ Konferenz bude? Wer also jetzt unter Gebraue leuchtet, gese nichts auf das alteberne Geschwätz; hic deutsche, hic tschechische Bude. Unter Landsleute in Schlesien, in Böhmen und dem früheren Österreich-Schlesien, sind Deutsche, tausendfach heitere Deutsche, als unsere deutschnationalen Profipatrioten!

Die Zwölf-Apostelhäuser in Kreuzburg eingeweiht.
Hier brach am Sonntag gegen 11 Uhr vormittags in dem Hause des Produktenhändlers Blumenthal ein großes Schadensfeuer aus, das sich innerhalb kurzer Zeit auf den Mittelring ausdehnte und sich auf die „Zwölf-Apostelhäuser“ weiter ausdehnte. Von diesen wurden neun Häuser eingeweiht. Die umliegenden Bewohner und selbst die Motorpriere aus Oppeln bekämpften diesen Brand. Es konnte verhindert werden, daß das Rathaus des Flammen zum Opfer fiel. Wie gemeldet wird, ist bei dem Brand ein Blumenthal und ihre zwei Kinder ums Leben gekommen. 40 Familien wurden obdachlos und 12 Gebäude vernichtet. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt. Ungefähr des schwachen Brandungsfluts, das die Stadt Kreuzburg betroffen hat, hat der Herr Oberpräsident der Provinz Ober-Schlesien zur Unterstützung der Geschädigten eine allgemeine Sammlung genehmigt und zur Viderung der ersten Rote ist eine namhafte Betrag zur Verfügung gestellt.

Siegmar. Nach der Volkszählung vom 16. Juni zählt die Stadt Siegmars 71.780 Einwohner und zwar 39.729 männlich und 39.001 weibliche.

Görlitz. Flugwettbewerb. Am Sonntag veranstaltete der Verein für Luftfahrt, Görlitz, zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung des deutschen Flugwesens m. b. H. Berlin, auf dem Gelände des neu errichteten Flughafens an der Girbigberger Chaussee einen Flugwettbewerb, an dem sich unter anderem die bekannte Kampfflieger Major von Oarginico, sowie die Gottschmidtspringer Oberleutnant a. D. Tricbner und Frau beteiligten. Ferner nahmen an der Veranstaltung andere bekannte Piloten mit ihren Sportflugzeugen und ein Junkers-Fliegerflugzeug teil, mit dem es dem Publikum ermöglicht war, gleichermaßen Rundflüge zu unternehmen. Außer den Hallenwettbewerben, die den Hauptpunkt des Programms bildeten, wurden neben Boxsagier- und Geschwaderflügen, Kunst- und Sportflügen, Luftsämpfen und Ballonflügen vorgeführt. Die Vorführungen wurden von einer viertausendköpfigen Menschenmenge mit hoher Spannung verfolgt. Die Veranstaltung, die vom böhmischen Meister beginnig war, ist ohne jeden Unfall verlaufen. Den Sieger im Wettbewerb wurden Ehrenpreise überreicht.

Tarnowitz. Ein Passagierflugzeug der französischen rumänischen Luftfahrtsgesellschaft, das von den Schlesischen Piloten Alain gelenkt wurde, ist auf der Fahrt von Paris nach Paris bei Tarnowitz (Oberschlesien) infolge Verregen des Motors abgestürzt. Da der Benzinhähnchen explodiert, verbrannte das Flugzeug vollkommen. Drei Fahrgäste und der Pilot kamen mit dem Leben davon, erlitten jedoch schwere Brand-

Möglichkeit Gelegenheit zur Ergänzung und Ausstaffierung von Brant-Ausstattungen

Großer Sommer-Ausverkauf

Hausaufträge vorbehalten

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Umtausch nicht gestattet

Taghemden	aus feinst. Reinstoff, mit breiter Stickerei	1.50
Taghemden	mit Trägern, aus gel. Reinstoff, eingefüttert und mit Klappspitze garniert	1.90
Taghemden	mit Trägern u. voller Achsel, aus gel. Stoff, eingefüttert	2.50
Beinkleider	aus gel. Stoff, mit breiter Stickerei-Volant	1.90
Nachthemden	aus feinst. Reinstoff, elegant mit Arm- und Einsatz garniert	3.90
Nachthemden	aus Makrostoff, mit Stücken und Klappspitze nach garniert	4.75
Prinzessröcke	mit breiter Mäusestücke, elegant garniert	3.90

Wollseide, Damast, Linon, Inlett
in bekannt guter Qualität, auch Reste sehr billig!

Blusen	aus Voller und Seide-Tricot	spottbillig!
Unterhosen	elegant garniert zum An-	0.75
Oberhosen	Reichhaltige von best. aus gel. Perkal	3.00
Oberhosen	best. u. gel. Perkal mit 2 Kragen, ausser Weiße	4.00
Einsatzhemden	aus gel. Mako, mit schönen Einsatz	2.45
Mako-Herrenhemden	gute italien. Qualität	2.50
Makohosen	elegant garniert	1.90

Unterkleider, Hemdfasen,
Schlipsen in prima Seidenricht, sehr billig!

Bezüge	aus gutem Linon, 2 Kopfkissen, 1 Deckbett	8.50
Bezüge	mit gestickten Kissen	11.00
Bezüge	aus prima Linon, mit reichgestickt	15.50
Damastbezüge	in schön. Mustern, 2 Kissen, 1 Deckbett	17.50
Bettlaken	u. gut. Haustuch, 130x100 cm	3.50
Küchenhandtücher	rein Lein, 48x100	0.95
Damasthandtücher	in sehr schönen Mustern	1.20
Gerstenkornhandtücher	halbleinere schwere Qualität	1.20

Damen- u. Kinder-Socken, Socken, Sportwesten, Bademantel sind in Preise bedeutend herabgesetzt!

Bertha Braunschweig
Auf die regulären Werte 10-20% Rabatt

Schmiede-Brücke 53.

